Europäisches Parlament
2024-2029

Sonderausschuss für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie

2025/2069(INI)

12.2.2026

ÄNDERUNGSANTRÄGE 835 - 1105

Entwurf eines Berichts
Tomas Tobé
(PE775.431v01-00)

Feststellungen und Empfehlungen des Sonderausschusses für den Europäischen Schutzschild für die Demokratie
(2025/2069(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 835
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;	15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung***, das Europäische Medienfreiheitsgesetz, die Richtlinie zur Bekämpfung von SLAPP-Klagen, das Gesetz über digitale Märkte, die überarbeitete Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, die Richtlinie über den digitalen Binnenmarkt*** und die Verordnung über künstliche Intelligenz***; betont, dass die Kommission in ihrer Rolle als Hüterin der Verträge bei festgestellten Versäumnissen oder anhaltenden Mängeln im Rahmen der Umsetzung systematisch und rechtzeitig tätig werden und die ihr zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente in vollem Umfang nutzen sollte, um eine wirksame, einheitliche und glaubwürdige Anwendung des Unionsrechts in der gesamten Union zu sicherzustellen***; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag

für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft; ***würdigt das Ziel, die Rechtsvorschriften im digitalen Bereich durch die vorgeschlagene Digital-Omnibus-Verordnung zu vereinfachen und zu straffen; betont jedoch, dass eine solche Vereinfachung nicht zu einer Aushöhlung bestehender Schutzmaßnahmen oder einer Senkung der Standards für Grundrechte, Verbraucherschutz oder demokratische Integrität führen darf;***

Or. en

Änderungsantrag 836
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf ***die Bekämpfung von*** Desinformation im Internet***, die Gewährleistung der*** Informationsintegrität und den ***Schutz des*** demokratischen ***Diskurses*** während des Wahlkampfs ***gelegt werden sollte***; zeigt	15. fordert die vollständige Umsetzung ***und Durchsetzung*** wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf ***das systemische Risiko gelegt werden sollte, das von Empfehlungssystemen bei der Verbreitung und Verstärkung von Informationen ausgeht, um der***

sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und ***technische*** Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***begrüßt, dass*** die Kommission ***in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die*** Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme ***an die Verfügbarkeit von*** Normen ***oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft***;

Desinformation im Internet ***entgegenzuwirken, die*** Informationsintegrität ***sicherzustellen*** und den demokratischen ***Diskurs*** während des Wahlkampfs ***zu schützen; betont, dass digitale Plattformen von Staaten, die transnationale Repression ausüben, als Instrument genutzt werden, und fordert die Kommission auf, Rechtsvorschriften für den Digitalbereich zum Schutz von Personen, die online von transnationaler Repression betroffen sind, konsequent umzusetzen; stellt fest, dass Hass- und Verleumdungskampagnen, einschließlich illegaler Inhalte, gegen Einzelpersonen oder Einrichtungen ein Bestandteil transnationaler Repression sein können, und stellt fest, dass Technologieunternehmen die Verantwortung dafür tragen, den Missbrauch ihrer digitalen Dienste zu repressiven Zwecken zu verhindern***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und ***Anstrengungen, die Fertigstellung technischer*** Standards ***zu verhindern,*** ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***bedauert, dass*** die Kommission ***nicht alle Optionen geprüft hat, um eine zügige*** Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme ***in der Verordnung über künstliche Intelligenz sicherzustellen***; ***fordert die Kommission auf, sich dafür einzusetzen, dass, falls die*** Normen ***nicht innerhalb der festgelegten Frist fertiggestellt sind, gemeinsame Spezifikationen ausgearbeitet werden, um ein Regelungsvakuum zu vermeiden***;

Or. en

Änderungsantrag 837
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose, Adnan Dibrani

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die ***vollständige Umsetzung*** wichtiger Rechtsvorschriften ***im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten***, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; ***vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren*** Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet***,*** die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden ***sollte***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***begrüßt***, dass die Kommission in ***ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket*** für den Digitalbereich ***zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft***;	15. ***ist der Ansicht, dass die wirksame Durchsetzung der digitalen Vorschriften der EU für die demokratische Resilienz und digitale Souveränität der Union unerlässlich ist;*** fordert die ***Kommission und alle Mitgliedstaaten auf, den gesamten Besitzstand der Union im Bereich der Digitalisierung, einschließlich*** wichtiger Rechtsvorschriften, darunter das Gesetz über digitale Dienste, ***das Gesetz über digitale Märkte,*** die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz ***vollständig umzusetzen und durchzusetzen; fordert die Kommission auf, jedwedem politischen oder wirtschaftlichen Druck von außen gegen eine solche Umsetzung und Durchsetzung entschieden standzuhalten; ist der Ansicht, dass bei der verstärkten*** Umsetzung ***und Durchsetzung*** der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung ***von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung und*** von Desinformation im Internet ***sowie auf*** die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während ***und außerhalb*** des Wahlkampfs gelegt werden ***muss***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***bedauert***, dass die Kommission in ***diesem Zusammenhang im Rahmen ihres Omnibus-Pakets*** für den Digitalbereich ***vorgeschlagen hat, die Frist für die Einhaltung der Anforderungen an maschinenlesbare Kennzeichnungen durch Anbieter von KI-Systemen bis zum***

2. Februar 2027 zu verlängern, obwohl der endgültige Verhaltenskodex zur Unterstützung der Einhaltung der Transparenzpflichten im Zusammenhang mit der Kennzeichnung und Beschriftung von KI-generierten Inhalten voraussichtlich im Mai/Juni 2026 veröffentlicht wird;

Or. en

Änderungsantrag 838
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ***fordert die vollständige*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und ***den*** Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass ***verzögerte*** Leitlinien und technische Standards ***ein Hindernis für die rechtzeitige*** Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz ***darstellen***; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an	15. ***weist darauf hin, dass die*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz***, unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte erfolgen muss, wobei die Freiheit der Meinungsäußerung als nicht verhandelbarer Grundsatz gelten muss***; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die ***Aufrechterhaltung einer offenen Diskussion und die Sicherstellung der Transparenz der Kommunikation der Kommission mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessenträgern gelegt werden sollte***; ***weist erneut darauf hin, dass die*** Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und ***der*** Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs ***nicht als Vorwand dienen dürfen, um gegensätzliche oder abweichende Ansichten anzugreifen,***

die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;	***auch wenn diese umstritten sind***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass Leitlinien und technische Standards ***keine Hindernisse für die Freiheit der Meinungsäußerung darstellen dürfen und rein technische Instrumente bleiben sollten, mit denen die wirksame*** Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz ***erleichtert werden soll***; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;

Or. en

Änderungsantrag 839
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass	15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass

verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;

verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft; ***ist besorgt darüber, dass die Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste in bestimmten Mitgliedstaaten nach wie vor Lücken bei der Durchsetzung aufweist; fordert die Kommission auf, für die rasche Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren und gegebenenfalls Sanktionen in Fällen systematischer Nichteinhaltung oder vorsätzlicher Behinderung der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu sorgen, um die digitale Resilienz in der gesamten Union zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 840
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der	15. ***ist der Ansicht, dass die Union vor einer existenziellen Herausforderung durch von ausländischen Staaten ausgehende Bedrohungen und Angriffe steht, die auf ihre demokratischen Werte und ihre Rechtsordnung abzielen, was durch das Versäumnis sehr großer Online-Plattformen bei der Einhaltung***

weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;

eben dieser Werte und Vorschriften, insbesondere der im Gesetz über digitale Dienste festgelegten Verpflichtungen, noch verschärft wird; fordert ***daher*** die vollständige Umsetzung ***und Durchsetzung*** wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;

Or. en

Änderungsantrag 841
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;	15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; ***betont, dass bei der vollständigen Umsetzung dieser Rechtsvorschriften ausdrücklich auf systemische Risiken für Wahlprozesse eingegangen werden muss, die sich aus algorithmischer Verstärkung, verdeckter politischer Werbung und koordiniertem unehrlichem Verhalten ergeben;*** zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;
	Or. en

Änderungsantrag 842
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen***; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft***;	15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz***, sowie eine nachdrückliche Durchsetzung bei Nichteinhaltung***; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen, ***und fordert deren zeitnahe Annahme***;

Or. en

Änderungsantrag 843
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige ***Umsetzung*** wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen	15. fordert die vollständige ***Durchsetzung*** wichtiger

Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;	Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft; ***weist darauf hin, dass mit der Verordnung über künstliche Intelligenz selbst nicht direkt gegen Desinformation vorgegangen wird, sondern dass damit Mechanismen geschaffen werden, die für die Bekämpfung von Desinformation von Bedeutung sind;***

Or. en

Änderungsantrag 844
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

15. fordert ***die vollständige*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum ***in allen Mitgliedstaaten***, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz***; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der*** Rechtsvorschriften ***im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft***;

15. fordert ***eine umfassende Überarbeitung des Rechtsrahmens der EU für den digitalen Bereich, um die Freiheit der Meinungsäußerung, den Medienpluralismus und das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu Informationen zu stärken und zugleich die missbräuchliche Anwendung von Rechtsvorschriften der EU über Zensur oder politische Kontrolle zu verhindern; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit bei der*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Bereich, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und das Gesetz über künstliche Intelligenz***, unbedingt eingehalten werden; betont, dass die Durchsetzung solcher*** Rechtsvorschriften ***auf eindeutig definierte illegale Inhalte beschränkt bleiben muss und nicht zur Unterdrückung rechtmäßiger Meinungen oder politischer Äußerungen führen darf***;

Or. en

Änderungsantrag 845
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das	15. fordert die vollständige Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das

Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz***; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***begrüßt, dass die*** Kommission ***in ihrem Vorschlag für das*** Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften ***versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft***;

Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz***, und betont dabei, dass bei den Durchsetzungsmaßnahmen die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit unbedingt einzuhalten sind und diese Maßnahmen nicht zur Entfernung, Unterdrückung oder algorithmischen Herabstufung rechtmäßiger Inhalte, einschließlich religiöser, weltanschaulicher oder ethischer Äußerungen, führen dürfen***; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; ***warnt, dass das von der*** Kommission ***vorgeschlagene*** Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften ***die Datenschutzstandards schwächen könnte, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Künstlichen Intelligenz zu verbessern***;

Or. en

Änderungsantrag 846
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert ***die vollständige*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein	15. fordert ***eine gerechte*** Umsetzung wichtiger Rechtsvorschriften im digitalen Raum in allen Mitgliedstaaten, darunter das Gesetz über digitale Dienste, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung und die Verordnung über künstliche Intelligenz; vertritt den Standpunkt, dass bei der weiteren Umsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ein

stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;	stärkerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Desinformation im Internet, die Gewährleistung der Informationsintegrität und den Schutz des demokratischen Diskurses während des Wahlkampfs gelegt werden sollte; zeigt sich in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass verzögerte Leitlinien und technische Standards ein Hindernis für die rechtzeitige Umsetzung der Verordnung über künstliche Intelligenz darstellen; begrüßt, dass die Kommission in ihrem Vorschlag für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich zur Vereinfachung der KI-Rechtsvorschriften versucht, dieses Problem anzugehen, indem sie den Zeitplan für die Umsetzung der Vorschriften für Hochrisiko-KI-Systeme an die Verfügbarkeit von Normen oder anderen Unterstützungsinstrumenten knüpft;

Or. en

Änderungsantrag 847
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. stellt fest, dass im Gesetz über digitale Dienste mehrere Etappenziele für die Überprüfung und Berichterstattung vorgesehen sind, darunter die Verpflichtung der Kommission, bis zum 17. November 2025 einen Bericht über die Anwendung von Artikel 33 bezüglich der Benennung sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen sowie über die Wechselwirkungen zwischen der Verordnung und anderen Rechtsakten der Union vorzulegen; weist ferner darauf hin, dass bis zum 17. November 2027 und

danach alle fünf Jahre eine allgemeine Bewertung vorzunehmen ist, insbesondere hinsichtlich der Wirksamkeit der Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen und der Auswirkungen der Verordnung auf die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit; ist der Ansicht, dass diese Überprüfungsklauseln eine termingerechte und strategische Gelegenheit darstellen, nicht nur die Umsetzung zu bewerten, sondern gegebenenfalls auch die Verordnung zu stärken, insbesondere hinsichtlich der Minderung systemischer Risiken, Transparenzpflichten, Durchsetzungskapazitäten, der Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und Einrichtungen der Union sowie von Schutzmaßnahmen, mit denen sowohl die Integrität des Informationsraums als auch die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 848
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont in diesem Zusammenhang, dass die Kommission die demokratischen Werte in ihrer gesamten legislativen Agenda einheitlich anwenden sollte; bedauert zutiefst, dass keine Folgenabschätzung zu Demokratie und Integrität der Informationsräume für das Omnibus-Paket für den Digitalbereich vorgenommen wurde; ist besorgt darüber, dass das Omnibus-Paket für den

Digitalbereich einige der in der Mitteilung über den Schutzschild der Demokratie hervorgehobenen Probleme verschärfen könnte, und fordert die sofortige Aussetzung der Arbeit an diesem Paket, bis eine ordnungsgemäße Bewertung seiner Auswirkungen auf die Demokratie und das Grundrecht auf Informationsfreiheit vorliegt; betont, dass eine Vereinfachung oder Straffung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich nicht zu einer Deregulierung oder Schwächung bestehender Schutzmaßnahmen führen darf, und bekräftigt, dass jede Initiative, mit der die Grundrechte im digitalen Raum zugunsten kommerzieller Interessen eingeschränkt werden, den Zielen des Schutzschildes für die Demokratie zuwiderläuft;

Or. en

Änderungsantrag 849
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. ist besorgt darüber, dass autoritäre Akteure aus dem Ausland, insbesondere Russland, Strategien zur Desinformation entwickelt haben, deren Auswirkungen bei den jüngsten Wahlen in Moldau, Rumänien, Bulgarien, der Tschechischen Republik und im Kosovo zunehmend sichtbar geworden sind; weist auf Beweise für koordinierte Netzwerke gefälschter oder anonymer Konten und bezahlter Influencer hin, die interaktionsorientierte Algorithmen ausnutzen, um Narrative künstlich zu verstärken und die Illusion öffentlicher Unterstützung zu erzeugen, insbesondere unter jungen Wählern und Diasporagemeinschaften; betont, dass

eine solche algorithmische Verstärkung böswilligen Akteuren ermöglicht, eine große Zielgruppe zu erreichen und gleichzeitig das politische Informationsumfeld der Nutzer zu verzerren, was ein ernsthaftes Risiko für den demokratischen Diskurs und die Integrität von Wahlen darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 850
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. erklärt sich zutiefst besorgt hinsichtlich der „abschreckenden Wirkung" auf die Freiheit der Meinungsäußerung, die sich aus der Androhung hoher Geldbußen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ergibt; stellt fest, dass Plattformen Anreize erhalten, rechtmäßige, aber umstrittene Inhalte zu entfernen (sogenannte „Überkonformität"), um rechtliche und finanzielle Risiken zu minimieren; betont, dass Online-Plattformen nicht als private Zensoren oder Ersatzgerichte fungieren dürfen, wenn es darum geht, zu bestimmen, was in der öffentlichen Debatte gesagt werden kann; betont, dass in Fällen, in denen die Rechtmäßigkeit des Inhalts nicht offensichtlich klar ist, die Vermutung zugunsten des Rechts auf freie Meinungsäußerung bestehen bleiben muss und dass jede Beschränkung eng ausgelegt und angewandt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 851

Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission auf, sich für die Förderung der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und anderer einschlägiger Rechtsakte über die Grenzen der EU hinaus einzusetzen, insbesondere indem sie Bewerberländer und mögliche Bewerberländer bei der Ausarbeitung und Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen unterstützt, die an das digitale Regelwerk der EU, unter anderem das Gesetz über digitale Dienste und das Europäische Medienfreiheitsgesetz, angeglichen sind, indem sie klare Leitlinien für die Angleichung an die EU bereitstellt, den Austausch mit den Behörden der Mitgliedstaaten, Sachverständigen und der Zivilgesellschaft erleichtert und gegebenenfalls eine schrittweise Integration in die einschlägigen Durchsetzungs- und Kooperationsmechanismen der EU ermöglicht;

Or. en

Änderungsantrag 852
Pina Picierno

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert, dass Online-Plattformen, für die das Gesetz über digitale Dienste gilt, verpflichtet werden, mindestens einmal jährlich die Vergütungen zu veröffentlichen, die an Herausgeber,

Influencer und Ersteller von politischen Inhalten, die in der Union tätig sind, gezahlt werden; fordert, dass diese Geldflüsse einer unabhängigen Prüfung unterzogen werden; ist der Ansicht, dass bei der Identifizierung von Begünstigten, die eine Verbindung zu mit Sanktionen belegten Einrichtungen oder Regierungen feindlich gesinnter Drittländer aufweisen, automatisch Sanktionen verhängt werden sollten, einschließlich der Aussetzung von Monetarisierungsprogrammen;

Or. en

Änderungsantrag 853
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. verurteilt die Drohungen der Trump-Regierung, EU-Beamte, die an der Ausarbeitung des Gesetzes über digitale Dienste beteiligt sind, mit Sanktionen zu belegen, sowie andere Versuche der Einschüchterung und Nötigung, wie die Androhung von Sanktionen gegen einzelne EU-Mitglieder und die Einführung von Verboten der Visumerteilung für ehemalige EU-Beamte und europäische nichtstaatliche Organisationen aus ungerechtfertigten Gründen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, solidarisch zusammenzustehen, sich nicht von Drohungen einschüchtern zu lassen und die europäischen Vorschriften und die Souveränität Europas aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 854
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass die rechtzeitige, vollständige und einheitliche Umsetzung der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung in allen Mitgliedstaaten von strategischer Bedeutung ist, da sie ein wichtiges Instrument ist, um der ausländischen Einflussnahme auf demokratische Prozesse und Wahlen entgegenzuwirken, indem durch sie Transparenz auf dem Markt für politische Werbung sowohl online als auch offline eingeführt und der Datenschutz für Bürgerinnen und Bürger verstärkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 855
Konstantinos Arvanitis, Jonas Sjöstedt, Li Andersson

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. stellt fest, dass sich die technologische Infrastruktur, die dem digitalen öffentlichen Raum zugrunde liegt, stetig verändert, insbesondere angesichts der raschen Verbreitung von KI-Technologien; begrüßt die Bereitschaft der Kommission, Instrumente wie das Toolkit für Wahlen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste weiter zu aktualisieren; fordert die Kommission auf, die bestehenden Rechtsvorschriften kontinuierlich neu zu bewerten, um sicherzustellen, dass die

Rechtsvorschriften weiterhin angemessen und geeignet sind;

Or. en

Änderungsantrag 856
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. nimmt Berichte über gezielte politische Online- und Offline-Werbung und Einflussnahme auf die Nachrichtenübermittlung im näheren räumlichen Umfeld institutioneller Entscheidungsgremien, auch während der Plenartagungen, zur Kenntnis; betont, dass die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung sowie die einschlägigen Verpflichtungen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste wirksam umgesetzt und durchgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 857
Stefano Cavedagna, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. würdigt zwar die Rolle des Gesetzes über digitale Dienste, stellt jedoch fest, dass die Gefahr einer missbräuchlichen Verwendung des Gesetzes in der Weise besteht, dass es die Freiheit der Meinungsäußerung einschränken könnte; fordert die Union

auf, für eine verhältnismäßige Anwendung unter Achtung der Grundrechte zu sorgen und ungerechtfertigte beschränkende Auswirkungen zu vermeiden, insbesondere wenn diese durch politische Ziele motiviert sind;

Or. en

Änderungsantrag 858
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. kritisiert jeglichen Versuch, die digitalen Vorschriften für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen zu schwächen; weist darauf hin, dass diese Unternehmen aufgrund ihrer Jahresumsätze in der Lage sind, die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich umzusetzen; kritisiert ebenso jeglichen Versuch der US-Regierung, die EU dazu zu zwingen, die Umsetzung ihrer Rechtsvorschriften aufzuschieben;

Or. en

Änderungsantrag 859
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Kommission auf, das

Gesetz über digitale Dienste unverzüglich und vollständig durchzusetzen, insbesondere indem

a) alle verfügbaren Instrumente zur Überwachung und Durchsetzung der in dem Gesetz über digitale Dienste enthaltenen Verpflichtungen in Bezug auf Transparenz, Risikobewertung und Risikominderung im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie der Integrität von Wahlen eingesetzt werden; das Risiko einer ideologischen Verfestigung innerhalb der Liste der systemischen Risiken berücksichtigt wird;

b) ihre Regulierungsbefugnisse genutzt werden, um bei schwerwiegenden Verstößen vorläufige Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Aufbewahrung von Dokumenten oder der direkte Zugriff auf Datenbanken und Algorithmen angeordnet wird;

c) vollständige Transparenz und Kommunikation zwischen den Dienststellen der Kommission, den zuständigen nationalen Behörden und den beiden gesetzgebenden Organen im Hinblick auf Untersuchungen zu sehr großen Online-Plattformen ermöglicht wird, sowie eindeutig festgelegter Fristen für Untersuchungen, einschließlich Höchstfristen für jede Untersuchungsphase sichergestellt werden, um das Gesetz über digitale Dienste in die Praxis umzusetzen und die Glaubwürdigkeit seiner Anwendung zu stärken;

d) die von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen verwendeten Algorithmen geprüft werden, um sicherzustellen, dass diese Akteure für ihre eigene Auswahl und Gestaltung algorithmischer Systeme und alle damit verbundenen Folgen zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn diese nach Kriterien wie Maximierung der

Interaktion, Popularität von Inhalten und Aktualität von Inhalten gestaltet sind, was zu einer Verstärkung von Desinformation führen kann;

e) sichergestellt wird, dass die Geldbußen und Zwangsgelder im Falle der Nichteinhaltung ausreichend abschreckend sind.

Or. en

Änderungsantrag 860
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Kommission auf, offizielle, harmonisierte Leitlinien und eine standardisierte Vorlage für die Bewertung systemischer Risiken gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 auszuarbeiten und zu veröffentlichen, um die Vergleichbarkeit, Vollständigkeit und Rechtssicherheit über alle Plattformen hinweg sicherzustellen; betont, dass das Fehlen eines gemeinsamen Methodikrahmens zu fragmentierten, uneinheitlichen oder unvollständigen Bewertungen führen kann; hebt hervor, dass in diesen Leitlinien verbindliche Risikokategorien, methodische Mindeststandards, Indikatoren für die Berichterstattung und Transparenzanforderungen eindeutig definiert werden sollten, dabei jedoch Verhältnismäßigkeit und dienstleistungsspezifische Anpassungen möglich sein müssen; betont, dass eine gemeinsame Vorlage die Rechenschaftspflicht verbessern, unabhängige Prüfungen erleichtern und sicherstellen würde, dass alle relevanten systemischen Risiken – einschließlich

derjenigen im Zusammenhang mit demokratischen Prozessen, Medienfreiheit, algorithmischer Verstärkung und Informationsmanipulation – unionsweit einheitlich und konsequent abgedeckt werden;

Or. en

Änderungsantrag 861
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. begrüßt den Vorschlag für einen Rechtsakt über digitale Netze; ist der Ansicht, dass die Vorschriften für die Funkfrequenzverwaltung, die im Gegenzug für bestimmte Auflagen Finanzhilfen für das öffentlich-rechtliche Fernsehen ermöglichen, nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen, insbesondere nicht der Grundsatz der Übertragungspflicht; weist darauf hin, dass Rundfunkanstalten für ihren Betrieb sowohl auf Rundfunk- als auch auf Breitbandinfrastrukturen angewiesen sind, insbesondere auf terrestrische und satellitengestützte Infrastrukturen sowie Glasfaser- und 5G-Infrastrukturen; besteht darauf, dass es notwendig ist, den Zugang zur Radioübertragung in vernetzten Fahrzeugen sicherzustellen, damit die Hörer auch in Krisenfällen problemlos auf Radioinhalte zugreifen können; ist der Ansicht, dass zusätzliche Gebühren für europäische Anbieter, die Inhalte im Internet für die Öffentlichkeit bereitstellen, die Anstrengungen zur Wiederherstellung eines rentablen Medienumfelds untergraben würden;

Or. en

Änderungsantrag 862
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen zur Angleichung wichtiger EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich, darunter das Gesetz über digitale Dienste und das Europäische Medienfreiheitsgesetz, in den Bewerberländern und möglichen Bewerberländern zu verstärken und sicherzustellen, dass die künftigen Mitgliedstaaten über die erforderlichen Instrumente und Leitlinien verfügen, um sich auf die Umsetzung dieser Gesetze vorzubereiten; fordert, dass diese Bereiche systematisch in den Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit und das Erweiterungspaket aufgenommen und bewertet werden und dass ein strukturierter Dialog mit den zuständigen nationalen Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft über die Überwachung ihrer Anwendung geführt wird;

Or. en

Änderungsantrag 863
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. betont, dass die im Rahmen der Rechtsvorschriften der Union im digitalen

Bereich eingerichteten Schutz- und Rechtsbehelfsmechanismen – unter anderem außergerichtliche Streitbeilegungsstellen, vertrauenswürdige Hinweisgeber und andere Strukturen zum Schutz der Nutzer – selbst angemessen vor politischem, wirtschaftlichem oder koordiniertem Druck von außen, der ihre Unabhängigkeit, Unparteilichkeit oder operative Wirksamkeit zu beeinträchtigen droht, geschützt werden müssen; fordert, dass in den Europäischen Schutzschild für die Demokratie spezielle Schutzmaßnahmen, Instrumente zur Überwachung und institutionelle Unterstützungsmechanismen aufgenommen werden, die darauf abzielen, die Integrität und Sicherheit dieser Durchsetzungs- und Schutzrahmen zu wahren, um den zunehmenden Versuchen ausländischer und inländischer Akteure, deren Funktionsweise zu beeinflussen, einzuschüchtern oder zu umgehen, entgegenzuwirken;

Or. en

Änderungsantrag 864
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. begrüßt den für Ende 2026 angekündigten geplanten Rechtsakt über digitale Fairness; weist darauf hin, dass das erklärte Ziel des Rechtsakts von entscheidender Bedeutung für die Bekämpfung von Dark Patterns, verschleiertem Marketing durch Influencer, suchterzeugendem Design digitaler Produkte und unlauteren

Personalisierungspraktiken ist; weist darauf hin, dass einige Influencer eingesetzt werden können, um ausländische Informationsmanipulation und Einmischung schnell zu verbreiten, wie dies bei den Wahlen in Rumänien der Fall war; stellt fest, dass aufgrund der fehlenden Regulierung des Berufsstandes Influencer leichter von ihren üblichen kommerziellen Botschaften abgebracht und von böswilligen staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren angeheuert werden können; stellt fest, dass die Kennzeichnung kostenpflichtiger Inhalte verbindlich vorgeschrieben werden sollte, und bei Verstößen angemessene Sanktionen zu verhängen sind;

Or. en

Änderungsantrag 865
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. betont, dass die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften sinnvollerweise durch einen verstärkten Verbraucherschutz im digitalen Bereich auf der Grundlage von Artikel 169 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ergänzt werden könnten, um den Besonderheiten dieser Produkte und den Risiken, die sie für die Gesundheit, einschließlich der psychischen Gesundheit, und die Sicherheit der Nutzer digitaler Dienste mit sich bringen, Rechnung zu tragen;

Or. en

Änderungsantrag 866
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 15 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15d. stellt mit Besorgnis fest, dass in der neuen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten der Informationsbereich als Arena des strategischen Wettbewerbs stärker in den Vordergrund rückt, unter anderem durch Einflussnahme auf digitale Plattformen und Informationsflüsse; warnt vor den Risiken, die ein solcher Ansatz für die Integrität des demokratischen Diskurses mit sich bringen kann, wenn dadurch politische Einmischung zur Unterstützung bestimmter politischer Bewegungen oder Narrative ermöglicht oder toleriert wird; betont, dass die Europäische Union daher dringend ihren Informationsraum schützen und sicherstellen muss, dass digitale Plattformen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich tätig sind, Transparenz, Rechenschaftspflicht und den Schutz demokratischer Prozesse wahren; verurteilt die Entscheidung der USA, gegen fünf europäische Persönlichkeiten, darunter den ehemaligen EU-Kommissar Thierry Breton, Reisebeschränkungen zu verhängen, und in diesem Kontext versuchen, Einfluss auf unsere demokratischen Gesetzgebungsverfahren zu nehmen; fordert, dass diese Maßnahmen umgehend aufgehoben werden; bekräftigt, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ein Grundrecht in Europa und ein Grundwert ist, den die Vereinigten Staaten und die gesamte demokratische Welt teilen; weist erneut darauf hin, dass die EU ein offener, regelbasierter Binnenmarkt ist und das souveräne Recht hat, die

Wirtschaftstätigkeit entsprechend unseren demokratischen Werten und internationalen Verpflichtungen zu regeln;

Or. en

Änderungsantrag 867
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Heléne Fritzon, Adnan Dibrani, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 15 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15e. ist ernsthaft besorgt über die Verbreitung von KI-generierten sexualisierten Deepfakes, darunter auch von politischen Kandidaten und gewählten Vertretern, die sich insbesondere gegen Frauen richten; betont, dass solche Praktiken einen gezielten Missbrauch darstellen, mit dem versucht wird, Menschen zum Schweigen zu bringen und demokratische Teilhabe zu unterbinden; fordert eine EU-weit koordinierte Reaktion, einschließlich der raschen Durchsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, um die nicht einvernehmliche Weitergabe von intimen Bildern und bildlichen Darstellungen von sexuellem Missbrauch, einschließlich KI-generierter Deepfakes, zu verbieten und deren unverzügliche Entfernung durch Anbieter digitaler Dienste sicherzustellen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass in das Protokoll für Vorfälle und Krisenreaktionen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ausdrücklich groß angelegte Deepfake-Vorfälle und koordinierte Kampagnen mit KI-generierten Inhalten, Avataren oder Bots, die sich als reale oder fiktive Personen ausgeben, aufgenommen

	werden; betont, dass solche Vorfälle einen schnellen Informationsaustausch, die Pflicht der Plattformen, unverzüglich zu handeln, und gegebenenfalls koordinierte Reaktionen mit den nationalen Wahlbehörden auslösen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 868
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 869
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste***; betont, dass der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation ein dynamisches Instrument bleiben sollte, das kontinuierlich überwacht, regelmäßig überprüft und gegebenenfalls rechtzeitig angepasst wird; betont, dass die Kommission weiterhin die einzelnen Verpflichtungen und deren wirksame Umsetzung durch die unterzeichnenden Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen überwachen sollte, gegebenenfalls einschließlich der Ausrichtung von Regulierungsdialogen und der Verabschiedung verhältnismäßiger Folgemaßnahmen, wenn Mängel oder systemische Risiken festgestellt werden***; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten; ***betont jedoch, dass die Beteiligung an einem freiwilligen Kodex nicht als Ersatz für die im Gesetz über digitale Dienste festgelegten verbindlichen Pflichten angesehen werden kann, und besteht darauf, dass Plattformen weiterhin in vollem Umfang ihrer rechtlichen Verantwortung unterliegen, einschließlich der Verpflichtung, strenge, evidenzbasierte Systemrisikoanalysen durchzuführen und wirksame, verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen zu ergreifen,***

wenn die demokratische Integrität, der Medienpluralismus oder die Nachhaltigkeit redaktioneller Medien in negativer Weise beeinträchtigt werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 870
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt*** die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet ***gehört***, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. ***nimmt*** die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***zur Kenntnis***; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien ***und Online-Plattformen im Allgemeinen***, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung ***durch hyperpersonalisierte, interaktionsbasierte Empfehlungssysteme, sowie die Erstellung und Verbreitung von KI-generierten und anderen irreführenden Inhalten***, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet ***gehören***, insbesondere während des Wahlkampfs***, und daher strenge Minderungsmaßnahmen gemäß Artikel 35 des Gesetzes über digitale Dienste erfordern***; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Unterdrückung politischer Inhalte in Empfehlungssystemen als systemisches***

Risiko für die gesellschaftliche Debatte und den Wahlprozess zu betrachten; erklärt sich zutiefst besorgt darüber, dass die Einflussnahme aus dem Ausland auf die Wahlen in Rumänien über TikTok gezeigt hat, wie leicht es ist, hyperpersonalisierte, interaktionsbasierte Empfehlungssysteme zu manipulieren, und dass Bot-Netzwerke nicht angemessen bekämpft wurden, wodurch sie eine direkte Bedrohung für unsere Demokratie darstellen; fordert die Kommission auf, diesem Risiko wirksam entgegenzuwirken, indem sie für Online-Plattformen Maßnahmen vorschreibt, um Empfehlungssysteme, die auf Interaktion oder Hyperpersonalisierung basieren, zu ersetzen;

Or. en

Änderungsantrag 871
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt*** die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; ***fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm***	16. ***nimmt*** die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***zur Kenntnis; betont, dass der Kodex zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht herangezogen wurde, um die Einhaltung der Vorschriften durch sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen zu überprüfen, und dass öffentliche Bewertungen von Organisationen der Zivilgesellschaft zu dem Schluss kommen, dass sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen ihre eigenen freiwilligen Verpflichtungen nicht einhalten; fordert die Kommission***

wieder beizutreten;	***nachdrücklich auf, die Einhaltung des Kodex genau zu überwachen und weiter zu fördern; fordert die Kommission auf, besonders darauf zu achten, dass der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation von den Unterzeichnern vollständig umgesetzt wird, insbesondere von sehr großen Plattformen in Bezug auf den Zugang zu Daten für Forscher, spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit KI-generierten Inhalten, Transparenz bei der Förderung politischer Inhalte, Indikatoren für die Zuverlässigkeit von Informationen und Verweise auf maßgebliche Quellen in Bezug auf Themen von gesellschaftlichem oder öffentlichem Interesse; betont, dass im Rahmen des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation die in Bewerberländern und möglichen Bewerberländern beobachteten Trends berücksichtigt werden sollten***; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs;

Or. en

Änderungsantrag 872
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale

Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	Dienste***; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen einer möglichen Nichteinhaltung des Kodex durch sehr große Online-Plattformen in Bezug auf die Einhaltung und Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu klären***; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten; ***weist darauf hin, dass sich Selbstregulierung und freiwillige Einhaltung bei der Bekämpfung von Desinformation auf sehr großen Online-Plattformen als weitgehend unwirksam erwiesen haben; betont, dass die Einhaltung des Verhaltenskodex die in den Artikeln 34 und 35 des Gesetzes über digitale Dienste festgelegten rechtsverbindlichen Verpflichtungen nicht ersetzt, und fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen solide, evidenzbasierte Risikobewertungen durchführen und wirksame Maßnahmen zur Risikominderung ergreifen, um systemische Risiken für demokratische Prozesse, einschließlich Risiken für die Medienfreiheit, den Medienpluralismus und die Nachhaltigkeit redaktioneller Medien, zu bekämpfen;***
	Or. en

Änderungsantrag 873
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert ***Online-Plattformen auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen automatisierter und KI-gesteuerter Konten zu identifizieren, zu beschränken und zu mindern, insbesondere wenn solche Aktivitäten die Integrität von Wahlen oder den demokratischen Diskurs untergraben; fordert*** alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten; ***fordert die Kommission auf, die Folgen einer Nichtbeachtung dieser Verpflichtung durch sehr große Online-Plattformen zu klären; fordert die Kommission auf, die Auswirkungen einer möglichen Nichteinhaltung des Kodex durch sehr große Online-Plattformen in Bezug auf die Einhaltung und Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu klären;***

Or. en

Änderungsantrag 874
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag

Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten; ***stellt fest, dass das Europäische Netzwerk für Faktenprüfungsstandards wiederholt auf das Problem hingewiesen hat, dass große Technologieunternehmen ihren Verpflichtungen im Rahmen des Verhaltenskodexes nicht nachkommen und keine entsprechenden Informationen oder Maßnahmen bereitstellen[51e]; ist der Ansicht, dass die Anwendung des Verhaltenskodex verpflichtend sein sollte;***

[51e] EFCSN, Fact-checking and related Risk-Mitigation Measures for Disinformation in the Very Large Online Platforms and Search Engines, December 2024.

Or. en

Änderungsantrag 875
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; ***ist besorgt über die undurchsichtige Funktionsweise von Empfehlungssystemen und Algorithmen zur Inhaltseinstufung auf Plattformen, durch die polarisierende, irreführende oder schädliche Inhalte ohne wirksame Rechenschaftspflicht verstärkt werden können;*** fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;
	Or. en

Änderungsantrag 876
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste, ***weist jedoch darauf hin, dass freiwillige Selbstregulierungsinstrumente verbindliche Verpflichtungen und wirksame Durchsetzungsmaßnahmen***

und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;

nicht ersetzen können, wenn weiterhin systemische Risiken für demokratische Prozesse bestehen; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;

Or. en

Änderungsantrag 877
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die ***offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes*** über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass ***die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört***, insbesondere ***während des Wahlkampfs***; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex ***uneingeschränkt*** einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die ***Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz*** über digitale Dienste ***auszuarbeiten, um weiter gegen größere rechtswidrige Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen***; ist der Ansicht, dass ***mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte***, insbesondere ***durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren***; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den ***freiwilligen*** Kodex einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten**,**

sofern dadurch nicht die Freiheit der Meinungsäußerung, der Pluralismus oder die offene öffentliche Debatte beeinträchtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 878
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten***, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten***;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten***; betont, dass die Einhaltung des Verhaltenskodex die in den Artikeln 34 und 35 des Gesetzes über digitale Dienste festgelegten rechtsverbindlichen Verpflichtungen nicht ersetzt***;

Or. en

Änderungsantrag 879
Christel Schaldemose, Evin Incir, Adnan Dibrani

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung ***spaltender Inhalte sowie die Verbreitung manipulierter, KI-generierter Inhalte wie Deepfakes***, zu den größten Risiken für einen freien, ***ehrlichen*** und offenen Diskurs im Internet gehören,, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;
	Or. en

Änderungsantrag 880
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen***	16. ***erklärt sich zutiefst besorgt über Fälle von offener Zensur durch Mechanismen zur Faktenprüfung und Moderation von Inhalten, die durch das Gesetz über digitale Dienste auferlegt werden, insbesondere im Hinblick auf den sehr schwerwiegenden Fall der Zensur des Videos des Historikers Alessandro Barbero in Italien, in dem er seine legitime Meinung zur Justizreform zum Ausdruck brachte; bedauert, dass der von der Europäischen Union entwickelte Mechanismus häufig als Instrument der indirekten Zensur und Manipulation von***

nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;

Informationen eingesetzt wird, wodurch wiederholt gegen die Verpflichtungen zur Verhältnismäßigkeit, Transparenz und zum Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten verstoßen wird;

Or. en

Änderungsantrag 881
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die ***unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung***, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet ***gehört***, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;	16. begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste; ist der Ansicht, dass die ***Geschäftsmodelle von Online-Plattformen, die häufig auf der Aufmerksamkeitsökonomie, der Monetarisierung von Hetze und auf Empfehlungssystemen basieren, die der Polarisierung gegenüber Sachinformationen den Vorrang geben***, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet ***gehören***, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, den Kodex uneingeschränkt einzuhalten, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf, ihm wieder beizutreten;

Or. en

Änderungsantrag 882
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag

Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt die offizielle Aufnahme des freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation in den Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste;*** ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, ***den Kodex uneingeschränkt einzuhalten***, und fordert die Plattform X nachdrücklich auf***, ihm wieder beizutreten***;	16. ist der Ansicht, dass die unehrliche Nutzung sozialer Medien, z. B. durch Bots, Scheinkonten, polarisierende Algorithmen sowie künstliche Steuerung und Verstärkung, zu den größten Risiken für einen freien und offenen Diskurs im Internet gehört, insbesondere während des Wahlkampfs; fordert alle in der EU tätigen sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen nachdrücklich auf, ***eine politisch neutrale und diskriminierungsfreie Moderation von Inhalten und algorithmische Entscheidungsfindung unter uneingeschränkter Achtung der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit sicherzustellen***, und fordert ***insbesondere*** die Plattform X nachdrücklich ***dazu*** auf;

Or. en

Änderungsantrag 883
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. weist darauf hin, dass gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 (Gesetz über digitale Dienste) sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen verpflichtet sind, angemessene, verhältnismäßige und wirksame Risikominderungsmaßnahmen zu ergreifen, zu denen auch die Sicherstellung gehören kann, dass synthetische oder manipulierte Inhalte, wie beispielsweise Deepfakes, eindeutig von authentischem Material

unterschieden werden können; betont, dass der Begriff der Verhältnismäßigkeit so auszulegen ist, dass Maßnahmen erforderlich sind, die technisch zuverlässig und transparent sind und dem Umfang und den systemischen Auswirkungen des betreffenden Dienstes angemessen sind, wobei die Freiheit der Meinungsäußerung und die Grundsätze des Datenschutzes uneingeschränkt zu achten sind; hebt hervor, dass wirksame Minderungsmaßnahmen unter anderem zuverlässige Kennzeichnungs- und Wasserzeichentechnologien, die Rückverfolgbarkeit der Herkunft, für den Nutzer sichtbare Kontextindikatoren, die unabhängige Prüfung von Instrumenten zur Erkennung und die Zusammenarbeit mit vertrauenswürdigen Faktenprüfungs- und Forschungseinrichtungen umfassen können; fordert die Kommission auf, weitere Leitlinien und harmonisierte Benchmarks bereitzustellen, aus denen deutlich hervorgeht, welche Maßnahmen in diesem Bereich als verhältnismäßig und wirksam anzusehen ist, um so Rechtssicherheit, eine einheitliche Durchsetzung und ein hohes Schutzniveau gegen groß angelegte Manipulationen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 884
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert eine dringende Untersuchung, um die Vorwürfe im Zwischenbericht des Justizausschusses des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten mit dem Titel „The Foreign Censorship Threat, Part II:

Europe's Decade-Long Campaign to Censor the Global Internet and How It Harms American Speech in the United States", insbesondere im Hinblick auf die Art und den Umfang des Engagements der Kommission und ihrer regulatorischen Interaktionen mit großen Online-Plattformen, die Vorwürfe hinsichtlich der Verstößen gegen die Freiheit der Meinungsäußerung aufwerfen, zu klären; fordert, zu erläutern, ob und auf welcher Rechtsgrundlage Regulierungsrahmen, politische Instrumente oder informelle Durchsetzungspraktiken extraterritoriale Auswirkungen hatten, die zur Entfernung, Unterdrückung oder Herabstufung rechtmäßiger Inhalte während des Wahlkampfs führten, einschließlich politischer Äußerungen aus Drittländern; fordert die Kommission auf, darzulegen, wie durch ihre Maßnahmen die uneingeschränkte Achtung der Meinungsfreiheit, der demokratischen Debatte und der Integrität von Wahlen im Einklang mit den Grundrechten und internationalen demokratischen Standards sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 885
Christel Schaldemose, Adnan Dibrani, Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	***16a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Zahl der gemeldeten Vorfälle von KI-generierten audiovisuellen Inhalten und Deepfakes, in denen echte politische Kandidaten falsch dargestellt werden, zunimmt, die bewusst darauf abzielen, Wähler irrezuführen und Wahlen zu beeinflussen; betont, dass solche**

Praktiken eine ernsthafte Bedrohung für demokratische Prozesse darstellen; ist besorgt darüber, dass es keinen EU-weiten Rahmen gibt, um Einzelpersonen vor der nicht einvernehmlichen Verwendung ihrer Identität und ihrer persönlichen Merkmale in manipulierten oder KI-generierten Inhalten zu schützen; fordert eine koordinierte Reaktion der EU und fordert die Kommission nachdrücklich auf, Untersuchungen zu Maßnahmen durchzuführen, um das Recht von Einzelpersonen auf ihren eigenen Körper, ihre Gesichtszüge und ihre Stimme zu schützen und Einzelpersonen vor der Verbreitung manipulierter und KI-generierter digitaler Bild-, Audio- oder Videoinhalte zu schützen, die ihre persönlichen Merkmale nachbilden („Deepfakes“), ohne dass sie ihre Einwilligung dazu gegeben haben; betont, dass Anbieter digitaler Dienste, für die das Gesetz über digitale Dienste gilt, ausdrücklich verpflichtet sind, gegen rechtswidrige Inhalte vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 886
Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. ist zutiefst besorgt darüber, dass Aktivitäten privater Akteure, darunter die Überwachung, Bewertung oder Klassifizierung von Nachrichtenunternehmen und Online-Informationen, die Sichtbarkeit, Glaubwürdigkeit und wahrgenommene Zuverlässigkeit von Medienquellen beeinflussen können und damit ein Risiko für die redaktionelle Unabhängigkeit, den Medienpluralismus und die Vielfalt der

der Öffentlichkeit zugänglichen Informationen darstellen; betont, dass solche Vorgehensweisen die öffentliche Wahrnehmung und den öffentlichen Diskurs in einer Weise beeinflussen können, mit der die demokratische Debatte und die Gleichbehandlung aller Nachrichtenanbieter untergraben wird; fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, bei der Verwendung von Instrumenten zur Bewertung von Medien durch Dritte Transparenz, Rechenschaftspflicht und Schutzmaßnahmen sicherzustellen, einschließlich wirksamer Rechtsbehelfsmechanismen für Medien, die von solchen Bewertungen betroffen sind, sowie einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf das europäische Informationsökosystem sowie Beschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 887
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. stellt mit Besorgnis fest, dass im derzeitigen konzeptionellen Rahmen zur Erkennung von Desinformation und ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung häufig auf der Grundlage von inhaltlichen Ähnlichkeiten, Verstärkungsmustern oder narrativen Konvergenzen von einer vorsätzlichen Vorgehensweise ausgegangen wird, ohne dass eine klar definierte und öffentlich überprüfbare Methodik zur Feststellung einer vorsätzlichen Manipulation vorliegt;

betont, dass die Feststellung des Vorsatzes ein entscheidender, aber methodisch anspruchsvoller Schritt ist, für den strenge Beweisstandards erforderlich sind; fordert die Kommission auf, die Kriterien, Schwellenwerte und Analysemethoden zu präzisieren, anhand derer Vorsatz, Koordinierung oder ausländische Einflussnahme abgeleitet werden, um zu verhindern, dass rechtmäßige demokratische Meinungsäußerungen mit feindlicher Einflussnahme gleichgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 888
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. erklärt sich zutiefst besorgt darüber, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie die europäischen Demokratien unzureichend vor suchterzeugenden, radikalisierenden, Hass und Desinformation verbreitenden, interaktionsbasierten Empfehlungssystemen geschützt sind; betont, dass aus den Aussagen von Hinweisgebern hervorgeht, dass sicherere alternative Empfehlungssysteme eingesetzt werden können, beispielsweise solche, die auf der Auswahl durch den Nutzer, diversifizierten Feeds und algorithmischem Pluralismus basieren, oder solche, die standardmäßig auf sichereren Einstellungen beruhen;

Or. en

Änderungsantrag 889
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass Vorschläge, die zu übermäßigen Eingriffen in die Privatsphäre führen, wie die pauschale Überwachung privater Kommunikation, die obligatorische Verknüpfung von Nutzerkonten mit Ausweisdokumenten oder biometrischen Daten oder unverhältnismäßige Anforderungen an die Altersüberprüfung, nicht weiterverfolgt werden, da solche Maßnahmen das Vertrauen, die Grundrechte und die demokratische Teilhabe untergraben könnten, ohne wirksam gegen Schäden im Online-Umfeld vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 890
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. betont, dass im Gesetz über digitale Dienste geschlechtsspezifische Gewalt, der Schutz von Minderjährigen und geistiges Wohlbefinden als systemische Risiken eingestuft werden; stellt fest, dass Radikalisierung besonders häufig bei jungen Männern auftritt, insbesondere bei Männern mit geringem Selbstwertgefühl oder anderen Problemen im Zusammenhang mit dem geistigen Wohlbefinden, wobei immer mehr

Minderjährige Teil von Online-Gemeinschaften wie der Manosphere (einer Gemeinschaft, bei der es um Hypermaskulinität und Frauenhass geht) werden, die geschlechtsspezifische Gewalt normalisieren, auf sehr großen Online-Plattformen häufig für Minderjährige frei zugänglich sind oder ihnen sogar aktiv empfohlen werden und systemische Risiken für den Schutz von Minderjährigen, das geistige Wohlbefinden, geschlechtsspezifische Gewalt und die gesellschaftliche Debatte darstellen könnten; betont, dass die zugrunde liegenden Probleme wie ein mangelndes Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühl oder der Druck, den Standards für heterosexuelle Maskulinität entsprechen zu müssen, angegangen werden müssen; stellt fest, dass solche Gemeinschaften häufig von böswilligen ausländischen Akteuren ins Visier genommen und ausgenutzt werden und daher auch als Element der ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung untersucht werden müssen; weist darauf hin, dass im Gesetz über digitale Dienste verlangt wird, dass die Risikobewertung für sehr große Online-Plattformen alle tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt umfasst; hebt hervor, dass Studien gezeigt haben, dass die Präferenzen von Nutzern nicht beachtet werden, wenn es um Inhalte geht, die von Empfehlungssystemen vorgeschlagen werden, und dass extremistische Inhalte junge Männer ohne deren bewusste Wahl und „gegen ihren Willen“ erreichen, was als „passive Radikalisierung“ bezeichnet wird; fordert die Kommission nachdrücklich auf, angesichts dieser unterlassenen Minderung systemischer Risiken im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste, etwa in Bezug auf die gesellschaftliche Debatte und den Schutz von Minderjährigen, Maßnahmen zu

ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 891
Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. fordert die Kommission und die zuständigen Behörden auf, mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Konzeption groß angelegter algorithmischer Empfehlungs- und Werbesysteme zu fördern, einschließlich der Einführung klar definierter Gewichtungs- und Priorisierungsfaktoren für die Rangfolge und Sichtbarkeit von Online-Inhalten; stellt jedoch fest, dass ein vollständiger Verzicht auf interaktionsbasierte Empfehlungsmodelle weder technisch machbar noch wirtschaftlich realistisch sein dürfte, und betont stattdessen, dass deren nachteilige Auswirkungen gemindert werden müssen; betont, dass der Schwerpunkt der Regulierungsbemühungen darauf liegen sollte, die strukturelle übermäßige Förderung von effektheischenden oder polarisierenden Inhalten, die ausschließlich auf Interaktionszahlen basieren, zu verringern und gleichzeitig die rechtmäßige Meinungsäußerung zu schützen; betont, dass extreme oder kontroverse Inhalte nicht pauschal verboten werden sollten, sondern, wenn sie ein erhöhtes Risiko der Manipulation oder Fehlinformation bergen, mit entsprechenden kontextbezogenen Warnhinweisen, Anpassungen der Sichtbarkeit und Mechanismen zur Auswahl durch den Nutzer versehen werden sollten; hebt hervor, dass es wichtig ist, unabhängige Dritte, darunter

wissenschaftliche Sachverständige und Organisationen der Zivilgesellschaft, in die regelmäßige Bewertung und Kalibrierung dieser Priorisierungsparameter einzubeziehen, um Pluralismus, Nutzerautonomie und einen ausgewogenen digitalen öffentlichen Raum zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 892
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte; fordert ferner vollständige finanzielle Transparenzpflichten für alle nichtstaatlichen Organisationen, die sich mit Faktenprüfungen befassen oder anderweitig an Angelegenheiten von öffentlichem Interesse oder im Zusammenhang mit der öffentlichen Politik beteiligt sind, einschließlich der Offenlegung von Finanzierungsquellen,

wichtigen Geldgebern und institutionellen Verbindungen;

Or. en

Änderungsantrag 893
Danilo Della Valle, Jonas Sjöstedt, Konstantinos Arvanitis, Li Andersson

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. betont, dass die Faktenprüfung mit integrierten Medienkompetenzprogrammen einhergehen muss, damit die Menschen lernen, Informationen auch dann kritisch zu bewerten, wenn sie nicht auf ihre Richtigkeit überprüft wurden; fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, flexible Medienkompetenzprogramme in ihre Bildungssysteme zu integrieren, die an die raschen Veränderungen im Informationsumfeld angepasst werden können; fordert die Mitgliedstaaten auf, Bildung im Bereich Medien als lebenslangen Lernprozess zu fördern und dafür zu sorgen, dass alle Generationen die notwendigen Fähigkeiten zum kritischen Denken erwerben, um sich in einer sich ständig weiterentwickelnden Informationslandschaft gegen Manipulation zu wappnen;

Or. en

Änderungsantrag 894
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass die Teilnahme an freiwilligen Kodizes und damit verbundenen Taskforces wirklich freiwillig bleibt und nicht als De-facto-„Safe Harbour“ oder Durchsetzungsinstrument im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste genutzt werden kann; fordert insbesondere vollständige Transparenz hinsichtlich der Verwaltung des Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, einschließlich der Veröffentlichung von Tagesordnungen, Teilnehmerlisten, Protokollen und „Anfragen“ der Kommission, sowie eine klare Trennung zwischen freiwilliger Zusammenarbeit und Aufsichts-/Durchsetzungsmaßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 895
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. fordert die Kommission auf, regelmäßige und vergleichbare Berichte über den Stand der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste in den Mitgliedstaaten zu veröffentlichen, einschließlich der Mittelausstattung, Unabhängigkeit und der operativen Leistungsfähigkeit der Koordinatoren für digitale Dienste; fordert dringend, dass eindeutige Auslöser für koordinierte Maßnahmen auf EU-Ebene festgelegt werden, wenn die Union durch die anhaltende Nichtdurchsetzung systemischen Risiken ausgesetzt ist;

Or. en

Änderungsantrag 896
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 16 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16c. stellt mit Besorgnis fest, dass sich die Formate der „Krisenreaktion" zu wiederkehrenden, informellen Druckmitteln auf die Strategien der Plattformen zur Moderation von Inhalten entwickeln können; fordert klare Vorkehrungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit für jede krisenbezogene Koordinierung, einschließlich schriftlicher Mandate, rückverfolgbarer Anfragen und einer nachträglichen Berichterstattung an das Parlament über die ergriffenen Maßnahmen, damit notfallartige Strukturen nicht zu einer Normalisierung des dauerhaften Narrativmanagements führen;

Or. en

Änderungsantrag 897
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 16 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16c. betont, dass koordiniertes unehrliches Verhalten im Internet erheblich eingedämmt werden muss, unter anderem die groß angelegte Nutzung gefälschter Konten, Bot-Netzwerke und KI-generierte Inhalte, die häufig für ausländische

Informationsmanipulationen und Einmischung genutzt werden; fordert die Kommission auf, Durchsetzungsmaßnahmen gegen solche Verhaltensweisen als Angelegenheit der demokratischen Sicherheit Vorrang einzuräumen;

Or. en

Änderungsantrag 898
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;	17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren; ***fordert die Kommission auf, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, wie beispielsweise ein Verbot für sehr große Online-Plattformen, wonach diese in einem Zeitraum von mindestens 90 Tagen vor Wahlen keine Empfehlungssysteme verwenden dürfen, die nicht auf einer ausdrücklichen Auswahl durch den Nutzer beruhen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, in dieser Hinsicht rasch zu handeln und dafür zu sorgen, dass Risiken, insbesondere für Wahlprozesse, frühzeitig und nicht erst Monate oder Jahre danach angegangen***

	und gemindert werden können; fordert Online-Plattformen auf, strenge Maßnahmen wie die Zwei-Faktor-Identifizierung für automatisierte Konten, über die Beiträge zum politischen Diskurs veröffentlicht werden, einzuführen, um eine künstliche Verstärkung von Narrativen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 899
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ***ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;***	17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 900
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;	17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, ***das klare Eskalationspfade, Zeitpläne und Koordinierungsvereinbarungen zwischen der Kommission, den Koordinatoren für digitale Dienste und dem Europäischen Gremium für digitale Dienste enthält,*** um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;

Or. en

Änderungsantrag 901
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;	17. begrüßt die Zusage der Kommission, ***einen Vorschlag für*** ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass mit diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren; ***fordert die Kommission auf, das Parlament zu diesem Protokoll zu***

konsultieren und die Standpunkte und Stellungnahmen des Parlaments in dieses Protokoll aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 902
Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass ***mit*** diesem Protokoll unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;	17. begrüßt die Zusage der Kommission, ein Protokoll über Vorfälle und Krisen im Zusammenhang mit dem Gesetz über digitale Dienste auszuarbeiten, um weiter gegen größere Vorfälle und Störungen im Informationsumfeld vorzugehen; ist der Ansicht, dass ***bei*** diesem Protokoll ***alle Plattformen einbezogen werden sollten, und dass mit diesem*** unter anderem gegen die Einflussnahme auf Wahlen durch koordiniertes unehrliches Verhalten im Online-Raum vorgegangen werden sollte, insbesondere durch botbasierte Verstärkung und Steuerung, die einen echten öffentlichen Diskurs wirksam verzerren;

Or. en

Änderungsantrag 903
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. befürwortet die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen virtuellen Raums für die Regulierung und

Entfernung illegaler Inhalte im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung; betont, dass in Fällen, in denen eine Plattform von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat über illegale Inhalte oder ausländische Informationsmanipulation und Einmischung informiert wird, die Verpflichtung zur Entfernung dieser Inhalte auf alle identischen oder replizierten Vorkommnisse in der gesamten Union ausgedehnt werden sollte, um dem grenzübergreifenden Charakter des digitalen Informationsraums Rechnung zu tragen; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Diasporagemeinschaften zunehmend für grenzüberschreitende Beeinflussungsoperationen im Internet instrumentalisiert werden, und betont, dass auf Unionsebene Lösungen gefunden werden müssen, um diesen Risiken wirksam zu begegnen;

Or. en

Änderungsantrag 904
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. ist zutiefst besorgt über die von den interaktionsbasierten Empfehlungssystemen sehr großer Online-Plattformen ausgehenden systemischen Risiken für die gesellschaftliche Debatte und Wahlprozesse, insbesondere durch die Verstärkung von Desinformation und Polarisierung; fordert die Kommission auf, ihre Befugnisse gemäß den Artikeln 34 und 35 des Gesetzes über digitale Dienste in vollem Umfang zu

nutzen, um evidenzbasierte Risikobewertungen durchzuführen und diese Risiken anzugehen; fordert die Kommission auf, wirksame Minderungsmaßnahmen vorzuschreiben, wenn Empfehlungssysteme die demokratische Debatte verzerren, ausdrückliche inhaltliche Präferenzen der Nutzer außer Kraft setzen oder den Medienpluralismus untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 905
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. fordert die Kommission auf, in Fällen, in denen bestehende Rechtsvorschriften der Union zum Schutz der demokratischen Integrität und des digitalen Raums nicht ordnungsgemäß umgesetzt oder durchgesetzt werden, ihre Befugnisse gemäß den Verträgen in vollem Umfang zu nutzen, einschließlich der zeitnahen Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die die Vorschriften nicht einhalten, um darauf hinzuwirken, dass das Unionsrecht einheitlich angewendet wird und die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit des Rechtsrahmens der Union gewahrt bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 906
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag

Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. fordert, dass alle Schnellreaktionssysteme oder vergleichbaren Koordinierungsmechanismen für Wahlzeiträume vollständig transparent sind, einschließlich einer öffentlichen Liste der beteiligten Einrichtungen, ihrer Finanzierungsquellen sowie der Art und des Umfangs ihrer Beiträge zu Meldungen, Hinweisen oder „Risikoberichten“ im Zusammenhang mit Wahlen; betont, dass informelle oder freiwillige Rahmenbedingungen nicht zu faktischen Beschränkungen rechtmäßiger Inhalte ohne nachvollziehbare Rechenschaftspflicht und Rechtsbehelfe führen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 907
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass bei der Durchführung von wahlbezogenen Arbeiten im Rahmen des Verhaltenskodexes zur Bekämpfung von Desinformation, einschließlich der Bestandsaufnahme und Analyse neuartiger und neu aufkommender Bedrohungen im Zusammenhang mit Kampagnen zur Informationsmanipulation, besonders auf Trends in Bewerberländern und möglichen Bewerberländern, einschließlich des Westbalkans, insbesondere Serbien, geachtet werden muss und dies nicht auf Einzelfälle

beschränkt bleiben darf;

Or. en

Änderungsantrag 908
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass die Förderung demokratischer Werte weder zu einer politischen Einmischung in die internen demokratischen Prozesse noch zu Versuchen führen darf, durch Finanzierung, Interessenvertretung oder öffentlichen Druck Einfluss auf Wahlergebnisse zu nehmen;

Or. en

Änderungsantrag 909
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. betont, dass die Bewertung des „systemischen Risikos“ im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste evidenzbasiert und inhaltsneutral sein muss und die Bewertung rechtmäßiger Äußerungen oder weltanschaulich geprägter Narrative nicht auf politische, ideologische oder theologische Annahmen gestützt werden darf;

Or. en

Änderungsantrag 910
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern; ***erklärt sich zutiefst besorgt über die ablehnende Haltung der Europäischen Union gegenüber politischen Kandidaten, die legitime Meinungen äußern, die von den offiziell von der Europäischen Union vertretenen Standpunkten abweichen, dabei jedoch die demokratischen Grundprinzipien uneingeschränkt achten; bedauert jeden Versuch, demokratische Wahlen aufgrund mutmaßlicher ideologischer Unvereinbarkeiten die Legitimität abzusprechen, wie dies beispielsweise durch die direkten Interventionen von Ursula von der Leyen und Thierry Breton im Fall Rumäniens im Jahr 2024 geschehen ist, bei denen sie sich auf das Gesetz über digitale Dienste beriefen und finanzielle Drohungen***

gegen den Mitgliedstaat aussprachen;

Or. en

Änderungsantrag 911
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; ***betont, dass die Stärke und Glaubwürdigkeit des Gesetzes über digitale Dienste letztlich von seiner wirksamen und einheitlichen Durchsetzung abhängt, und unterstreicht, dass die Kommission nicht zögern sollte, neue Untersuchungen einzuleiten oder gegebenenfalls geeignete Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um die vollständige Einhaltung der Vorschriften sicherstellen und die demokratische Integrität in der Union zu wahren ;*** fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken

für demokratische Prozesse zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 912
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern; ***fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass systematische und wiederholte Verstöße gegen das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte durch sehr große Online-Plattformen, insbesondere solche, die die Integrität von Wahlen, die Informationsintegrität und den Medienpluralismus beeinträchtigen, automatisch verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen nach sich ziehen, darunter Geldbußen,***

verhaltensorientierte Abhilfemaßnahmen und gegebenenfalls strukturelle Maßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 913
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat;*** fordert ***die*** Kommission ***nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok*** im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 ***rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern***;	18. fordert ***eine umfassende unabhängige parlamentarische Untersuchung der Maßnahmen der*** Kommission***, der Kontakte zu Plattformen und der regulatorischen Maßnahmen*** im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024***, einschließlich der Frage, ob unbestätigte oder umstrittene nachrichtendienstliche Erkenntnisse als Rechtfertigung für den Druck zur Moderation von Inhalten herangezogen wurden***;

Or. en

Änderungsantrag 914
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***nimmt zur Kenntnis***, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. ***begrüßt***, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern; ***begrüßt den Beschluss der Kommission vom 26. Januar, eine Untersuchung zur Integration von Grok AI in X einzuleiten und die bestehenden Untersuchungen zu den Empfehlungssystemen von X auszuweiten, um festzustellen, ob X alle systemischen Risiken im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste ordnungsgemäß bewertet und gemindert hat;***

Or. en

Änderungsantrag 915
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. ***betont, dass die konsequente, einheitliche und zeitnahe Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich eine wesentliche Säule der europäischen digitalen Souveränität ist und eine Voraussetzung für die Tätigkeit im Binnenmarkt sein muss;*** nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht***, und unverzüglich dafür zu sorgen, dass die Plattformen die Vorschriften einhalten***; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 916
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

18. ***nimmt zur Kenntnis***, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und ***anschließend*** eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ***zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um*** Einflussnahme auf Wahlen***,*** algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und ***Bots geht***; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

18. ***begrüßt***, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und ***als Ergebnis*** eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ***mit größerer Dringlichkeit, Entschlossenheit und Konsequenz fortzusetzen, insbesondere wenn durch solche Verstöße die*** Einflussnahme auf Wahlen ***erleichtert, eine anhaltende*** algorithmische Undurchsichtigkeit ***ermöglicht*** oder die ***groß angelegte*** Verbreitung gefälschter Konten und ***Bot-Netzwerke, die den öffentlichen Diskurs verzerren, begünstigt wurde***; fordert die Kommission insbesondere ***nachdrücklich*** auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch ***und sorgfältig*** abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse***, die Integrität der Wahlen und den Informationsraum*** zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 917
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und***	18. fordert die Kommission auf, ***eine gründliche Analyse durchzuführen und sicherzustellen, dass bei ihren*** Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften

anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission ***nachdrücklich*** auf, ***die verbleibenden*** Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich ***zu beschleunigen***, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 ***rasch*** abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

im digitalen Bereich***, einschließlich solcher, die die Einflussnahme auf Wahlen betreffen, vollständige Transparenz gewahrt wird, wie im Zwischenbericht des Justizausschusses des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten mit dem Titel „The Foreign Censorship Threat, Part II: Europe's Decade-Long Campaign to Censor the Global Internet and How It Harms American Speech in the United States" hervorgehoben***, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 ***ordnungsgemäß*** abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 918
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat;*** fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu	18. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des

beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 919
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;	18. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Untersuchung bezüglich der Verletzung der Transparenzpflichten gemäß dem Gesetz über digitale Dienste durch die Plattform X abgeschlossen und anschließend eine Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR verhängt hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbleibenden Untersuchungen in Bezug auf mutmaßliche Verstöße gegen die EU-Rechtsvorschriften im digitalen Bereich zu beschleunigen, einschließlich solcher, bei denen es um Einflussnahme auf Wahlen, algorithmische Undurchsichtigkeit oder die Verbreitung gefälschter Konten und Bots geht; ***betont, dass mangelnde Transparenz in Bezug auf die Moderation von Inhalten und Empfehlungen ein systemisches Risiko für den demokratischen Diskurs darstellt;*** fordert die Kommission insbesondere auf, die Untersuchungen zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste durch TikTok im Zusammenhang mit der rumänischen Präsidentschaftswahl

2024 rasch abzuschließen, einschließlich seiner Verpflichtung, systemische Risiken für demokratische Prozesse zu mindern;

Or. en

Änderungsantrag 920
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Anstrengungen der Union zur Stärkung ihrer digitalen Resilienz und strategischen Autonomie zunehmend durch die rasche Ausbreitung und Dominanz von auf US-Dollar lautenden Stablecoins bedroht sind, was die Gefahr birgt, dass die strukturelle Abhängigkeit der Union von den von den USA kontrollierten Infrastrukturen im digitalen, finanziellen Bereich sowie im Zahlungsverkehr weiter zunimmt; ist besorgt darüber, dass die Entwicklung von auf US-Dollar lautenden Stablecoins Teil einer umfassenderen geopolitischen Agenda der derzeitigen US-Regierung ist, die darauf abzielt, die Hegemonie des Dollars in der Weltwirtschaft zu stärken und die Nachfrage nach US-Staatsanleihen vor dem Hintergrund der Tendenzen zur Abkehr von der Dollaranbindung aufrechtzuerhalten, während gleichzeitig die wirtschaftliche und monetäre Macht von demokratischen Institutionen auf private Technologieeliten verlagert wird; hebt hervor, dass auf US-Dollar lautende Stablecoins rund 99 % des globalen Stablecoin-Marktes ausmachen, der bis 2030 voraussichtlich um das Zehnfache auf 3,7 Bio. USD wachsen wird; stellt in diesem Zusammenhang mit Besorgnis fest, dass Emittenten von Stablecoins aus

Drittländern trotz wiederholter Warnungen und Empfehlungen der Aufsichtsbehörden der Union und der Europäischen Zentralbank, solche Systeme nicht zu genehmigen, begonnen haben, in der Union im Rahmen von De-facto-Äquivalenzsystemen tätig zu werden; bedauert, dass die Kommission auf solche Warnungen und Empfehlungen nicht entschlossen reagiert hat; betont, dass das Versäumnis, diesen Risiken zu begegnen, die Union neuen systemischen, sicherheitspolitischen und demokratischen Bedrohungen aussetzen kann, und fordert die Kommission auf, die Verordnung über Märkte für Kryptowerte im Rahmen einer offensiven Strategie zur Stärkung der Resilienz der Union in den Bereichen Digitales, Finanzen und Zahlungsverkehr und zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro in einem fragmentierten geopolitischen Kontext strikt durchzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 921
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. nimmt den Beitrag des Europäischen Zentrums für algorithmische Transparenz (ECAT) und der Gemeinsamen Forschungsstelle im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen zur Kenntnis; ist besorgt darüber, dass es etwa drei Jahre gedauert hat, bis diese Untersuchungen zu X, Meta, TikTok und E-Commerce-Plattformen wie Temu und Shein abgeschlossen werden konnten; ist der Ansicht, dass die

Ursachen, die zu einer solchen Verzögerung geführt haben, mit äußerster Dringlichkeit angegangen werden sollten, da der Schutz der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie der europäischen Demokratie von entscheidender Bedeutung ist; weist darauf hin, dass unabhängige Forscher dies in einem erheblich kürzeren Zeitrahmen erreicht hatten; stellt infrage, ob diese Untersuchungsstruktur für die Bearbeitung der Untersuchungen am besten geeignet ist; empfiehlt, dass die Untersuchung vielmehr eingeleitet und speziellen, für die jeweilige Untersuchung eingerichteten Taskforces übertragen werden sollte, die über ein klares Mandat, einen begrenzten Zeitrahmen und eine klare Fragestellung mit präzisen Ergebnissen verfügen, um den Prozess zu beschleunigen und den Kreis der Intermediäre zu begrenzen; empfiehlt der Kommission insgesamt, das Abhaken von Checklisten zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 922
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. erklärt sich besorgt über Anzeichen dafür, dass politische und handelspolitische Erwägungen sowie Druck von Drittländern und großen Technologieunternehmen den zeitlichen Ablauf, die Entschlossenheit oder die Darstellung von Durchsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Rechtsvorschriften der Union zur Digitalisierung beeinflussen könnten; betont, dass die Glaubwürdigkeit des

Rechtsrahmens der Union von seiner einheitlichen, zeitnahen und unparteiischen Anwendung abhängt; betont, dass die freiwillige Zusammenarbeit großer Online-Plattformen keine wirksame Durchsetzung ersetzen kann, sofern gesetzliche Verpflichtungen bestehen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, darauf hinzuwirken, dass Entscheidungen über die Anwendung der EU-Vorschriften im digitalen Bereich unabhängig von geopolitischen oder kommerziellen Erwägungen getroffen werden und sich ausschließlich am Unionsrecht und am Schutz demokratischer Interessen orientieren;

Or. en

Änderungsantrag 923
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob das Kostenverteilungs- und Zertifizierungsmodell für außergerichtliche Streitbeilegungsstellen strukturelle Anreize schaffen kann, die eine Beschränkung rechtmäßiger Inhalte begünstigen; fordert erforderlichenfalls Schutzmaßnahmen, mit denen echte Neutralität und Unabhängigkeit sowie sinnvolle Standards für ein ordnungsgemäßes Verfahren sichergestellt werden und dafür gesorgt wird, dass Plattformen nicht indirekt zu jeglichen Risiken vermeidenden Löschungen gedrängt werden, um Vertragsstrafen zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 924
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. weist darauf hin, dass bei der rumänischen Präsidentschaftswahl in großem Umfang gefälschte Konten, Bots, nicht deklarierte Zahlungen an Influencer und algorithmische Manipulationen eingesetzt wurden, um den Wahlkampf zu verzerren; betont daher, dass die Kommission rasche, robuste und durchsetzbare Maßnahmen ergreifen muss, einschließlich des Einsatzes von Sanktionsbefugnissen, um eine wirksame Abschreckung während des Wahlkampfs sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 925
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass eine zeitnahe Durchsetzung für die Abschreckung von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, regelmäßig öffentlich über den Stand der Untersuchungen zu wesentlichen systemischen Risiken und die Folgemaßnahmen zu berichten, gegebenenfalls auch über den Rückgriff auf einstweilige Maßnahmen und Verpflichtungszusagen, damit die Einhaltung der Vorschriften zur Regel und nicht zur Ausnahme wird;

Or. en

Änderungsantrag 926
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. nimmt die Rolle gemeinnütziger, gemeinschaftlich verwalteter Plattformen wie Online-Enzyklopädien bei der Bereitstellung neutraler und überprüfbarer Informationen auf globaler Ebene zur Kenntnis und fordert die Kommission auf, sicherzustellen, dass deren Modell der dezentralen Moderation von Inhalten durch den Rechtsrahmen der EU vollständig und angemessen geschützt wird;

Or. en

Änderungsantrag 927
Jonas Sjöstedt, Danilo Della Valle, Konstantinos Arvanitis, Li Andersson

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. erklärt sich zutiefst besorgt über die politische Einmischung der US-Regierung in die demokratischen Prozesse der Union, unter anderem durch öffentliche Unterstützungsbekundungen und politische Botschaften zugunsten rechtsextremer Bewegungen;

Or. en

Änderungsantrag 928
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. nimmt die vorläufige Bewertung der Europäischen Kommission zur Kenntnis, wonach TikTok aufgrund seines suchterzeugenden Designs gegen das Gesetz über digitale Dienste verstößt; fordert die Kommission auf, entschlossen darauf hinzuwirken, diese Verletzung zu beenden;

Or. en

Änderungsantrag 929
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. verurteilt die gezielten Sanktionen gegen Gesetzgebungsakteure, die für das Gesetz über digitale Dienste und andere Digitalvorschriften zuständig waren, insbesondere die Sanktionen gegen ein ehemaliges Kommissionsmitglied;

Or. en

Änderungsantrag 930
Jonas Sjöstedt, Li Andersson, Konstantinos Arvanitis

Entschließungsantrag

Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. fordert die Kommission und die zuständigen EU-Organe auf, zu untersuchen, ob Algorithmen und die Gestaltung von Plattformen in sozialen Medien, darunter Plattformen wie X, in einer Weise genutzt oder manipuliert wurden, die rechtsextreme Parteien begünstigt, da solche Praktiken unter anderem zur Einmischung der US-Regierung in europäische demokratische Prozesse beitragen können; betont, dass es wichtig ist, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Schutzmaßnahmen sicherzustellen, damit digitale Plattformen einen fairen Wahlkampf und eine demokratische Debatte nicht untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 931
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. fordert die Kommission auf, die laufende Untersuchung nach dem Gesetz über digitale Dienste zur Einhaltung der Vorschriften durch Meta zeitnah abzuschließen, und dabei besonderes Augenmerk auf die Sichtbarkeit und den Umgang mit politischen Inhalten sowie auf das Recht der Nutzer zu legen, Moderationsentscheidungen zu melden und anzufechten, und unverzüglich detaillierte Ergebnisse sowie gegebenenfalls Durchsetzungsmaßnahmen zu

veröffentlichen, um die Transparenz, Rechenschaftspflicht und den Schutz des demokratischen Diskurses im Internet zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 932
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. betont, dass angesichts der bereits erheblichen Risiken aufgrund der hohen Konzentration und der kritischen Abhängigkeit des Finanzsektors von außereuropäischen Anbietern von IKT-Diensten wie Cloud-Diensten das zunehmende Eindringen großer Technologieunternehmen in den europäischen Zahlungsraum und den Finanzsektor die Gefahren für die digitale Resilienz und strategische Autonomie der Union weiter verstärkt;

Or. en

Änderungsantrag 933
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten	19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, ***systematisch zu untersuchen***

des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“***, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken***; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;

und öffentlich aufzudecken, einschließlich Netzwerken, die über koordinierte Cluster von Propaganda-Websites und Techniken zur Manipulation von Narrativen operieren, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“***; stellt mit Besorgnis fest, dass solche Kampagnen seit der Invasion in die Ukraine quantitativ und qualitativ rasant zugenommen haben und durch den weit verbreiteten Einsatz von KI-generierten Inhalten, Deepfakes, synthetischen Medien und Instrumenten zur automatisierten Verstärkung gekennzeichnet sind, welche die Komplexität dieser Kampagnen erheblich steigern und die Nachweisbarkeit erschweren***; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 934
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten	19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten

des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass ***die Festlegung*** von Sicherheitsstandards für ***Anbieter*** großer Sprachmodelle (LLM) ***auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte*** Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training ***zu gewährleisten***;

des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“ ***sowie Fälle direkter Eingriffe durch Eigentümer von KI-Systemen, wie die explizite Manipulation von Grok (xAI)***, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern ***sowie die Ergebnisse gemäß der Verordnung über künstliche Intelligenz den zuständigen Behörden mitzuteilen***; fordert darüber hinaus, dass ***das Büro für Künstliche Intelligenz seine Bemühungen zur Überwachung der Sicherheitslandschaft von KI-Modellen verstärkt und bei der Ausarbeitung*** von Sicherheitsstandards für ***solche Modelle, einschließlich*** großer Sprachmodelle (LLM)***, mitwirkt; fordert das Büro für Künstliche Intelligenz auf, dafür zu sorgen, dass die*** Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training ***gemäß der Verordnung über künstliche Intelligenz und dem Verhaltenskodex für KI-Modell mit allgemeinem Verwendungszweck verbessert wird***;

Or. en

Änderungsantrag 935
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-	19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, ***darunter*** beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter

Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;	von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern***, betont jedoch gleichzeitig, dass solche Maßnahmen nicht zu Zensur, politischer Einflussnahme oder willkürlicher Entfernung von Inhalten führen dürfen und dass die in Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerte Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit uneingeschränkt zu achten ist***; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 936
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler	19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken***; besteht jedoch darauf, dass ein Gleichgewicht zwischen einer Berichterstattung, die darauf abzielt, die Kampagne zu stoppen, und einer Berichterstattung, die ihre Sichtbarkeit erhöhen könnte, gewahrt bleibt***; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-

Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;	Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 937
Fabrice Leggeri, Virginie Joron, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert ***die Kommission und*** die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;	19. fordert die zuständigen ***nationalen*** Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten; ***betont, dass dies ohne Zensur und unter uneingeschränkter Achtung der Rede-, Meinungs- und Informationsfreiheit erfolgen muss;***

Or. en

Änderungsantrag 938
Ana Catarina Mendes, Evin Incir, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;	19. fordert die Kommission und die zuständigen Regulierungsbehörden auf, verdeckte Desinformationskampagnen, die darauf abzielen, generative KI-Systeme auszunutzen, beispielsweise die Aktivitäten des in Moskau ansässigen Netzwerks „Prawda“, zu untersuchen und öffentlich aufzudecken; fordert Anbieter von KI-Systemen nachdrücklich auf, dieses Phänomen durch ihre KI-Risikomanagementsysteme angemessen anzugehen und zu mindern; fordert darüber hinaus, dass die Festlegung von Sicherheitsstandards für Anbieter großer Sprachmodelle (LLM) auf internationaler Ebene koordiniert wird, um eine verbesserte Transparenz ***und die Achtung der persönlichen Unversehrtheit*** hinsichtlich der Datenquellen für das Training zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 939
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. hebt hervor, dass die Verbreitung ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie inländischer Desinformation zunehmend nicht nur durch den Inhalt selbst, sondern auch durch die Gestaltung und die

wirtschaftlichen Anreize algorithmischer Systeme zur Empfehlung und Verstärkung vorangetrieben wird; betont, dass durch interaktions- und gewinnorientierte Algorithmen, die optimiert wurden, um die Aufmerksamkeit der Nutzer und die Werbeeinnahmen zu maximieren, unbeabsichtigt sensationelle, polarisierende oder irreführende Inhalte in den Vordergrund gestellt werden und gemäßigte, faktenbasierte Standpunkte in den Hintergrund gedrängt werden können, wodurch die öffentliche Debatte verzerrt wird; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden auf, sich mit der systemischen Rolle der Kuratierung von Algorithmen zu befassen, unter anderem durch mehr Transparenz, unabhängige Prüfungen, Verpflichtungen zur Risikominderung und die Förderung von Auswahlmöglichkeiten für Nutzer und nicht manipulierbaren Standardeinstellungen, um sicherzustellen, dass durch digitale Informationsumgebungen nicht strukturell Desinformation begünstigt oder der demokratische Pluralismus untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 940
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. erklärt sich besorgt über die fehlende Kennzeichnung von KI-generierten Inhalten auf Online-Plattformen, insbesondere auf sehr großen Online-Plattformen, wodurch Nutzer getäuscht werden können oder mit Falschinformationen gezielt

angesprochen werden sollen; fordert die Kommission auf, zu klären, ob Inhalte, die nicht gemäß Artikel 50 der Verordnung über künstliche Intelligenz und dem entsprechenden Verhaltenskodex als „KI-generiert“ gekennzeichnet sind und auf Online-Plattformen hochgeladen werden, als „illegale Inhalte“ gelten; fordert die Kommission ferner auf, dringend Anstrengungen zu unternehmen, um klarzustellen, dass im Rahmen der Minderungsmaßnahmen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste KI-Inhalte auf Social-Media-Plattformen eindeutig gekennzeichnet werden sollten, oder andere Möglichkeiten der Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste festzulegen, mit denen darauf hingewirkt wird, dass die Nutzer entsprechend informiert werden; ist besorgt darüber, dass durch langsames Vorgehen und eine langsame Durchsetzung in dieser Hinsicht böswilligen Akteuren Möglichkeiten zu ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung eröffnet werden;

Or. en

Änderungsantrag 941
Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. betont, dass der wissenschaftliche Konsens nicht statisch ist und sich im Laufe der Zeit durch Herausforderungen und Debatten weiterentwickelt; verweist auf das Beispiel der „Laborunfallhypothese“ hinsichtlich des Ursprungs von COVID-19, die zunächst als „Desinformation“ bezeichnet und von Social-Media-Plattformen unterdrückt wurde, später jedoch von verschiedenen

Nachrichtendiensten und wissenschaftlichen Gremium als plausible Hypothese anerkannt wurde; warnt davor, dass durch die Übertragung von Befugnissen auf Plattformen oder Behörden, um die „wissenschaftlichen Wahrheit“ zu überwachen, Untersuchungen behindert und legitime Hypothesen unterdrückt werden;

Or. en

Änderungsantrag 942
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. weist auf die zunehmenden Auswirkungen der generativen künstlichen Intelligenz auf das Informationsökosystem hin und stellt fest, dass durch Instrumente zur automatisierten Generierung von Inhalten und Empfehlungen bestimmte Standpunkte unverhältnismäßig stark hervorgehoben, gesellschaftliche und geschlechtsbezogene Vorbehalte verfestigt, redaktionelle Prioritäten verzerrt und die Sichtbarkeit kleinerer, lokaler oder unabhängiger Medienakteure verringert werden können; betont, dass diese Dynamik besonders schädlich für Minderheitensprachen und regionale Nachrichtenmärkte ist, die Gefahr laufen, schrittweise von KI-vermittelten Vertriebskanälen ausgeschlossen zu werden; nimmt mit Besorgnis die jüngsten unabhängigen Studien zur Kenntnis, die auf eine hohe Rate an sachlichen Ungenauigkeiten und irreführenden Zusammenfassungen in den Antworten von weit verbreiteten KI-gestützten

Assistenzsystemen in mehreren Sprachen und Rechtsordnungen hindeuten; warnt davor, dass systemische Ungenauigkeiten und narrative Ungleichgewichte das Vertrauen der Öffentlichkeit untergraben, den Medienpluralismus schwächen und den demokratischen Diskurs beeinträchtigen können, da die Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend auf solche Systeme als primäre Nachrichtenquellen verlassen und ihnen oft ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit beimessen; fordert daher strengere Transparenzanforderungen, eine klare Quellenangabe, konzeptionelle Schutzmaßnahmen für die Vielfalt und regelmäßige unabhängige Prüfungen von KI-gestützten Informationsdiensten, um einen gleichberechtigten Zugang zu korrekten und pluralistischen Nachrichteninhalten sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 943
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. ist zutiefst besorgt über die gezielte Bekämpfung von Frauen in der Politik durch KI-gestützte geschlechtsspezifische Desinformation, einschließlich Deepfakes und nicht einvernehmlicher Weitergabe sexueller Inhalte, die als strategisches Instrument dienen, um das Vertrauen in demokratische Institutionen zu untergraben; fordert die Kommission auf, die Generierung von Deepfake-Bildern mit sexuellem Inhalt dringend zu verbieten;

Or. en

Änderungsantrag 944
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19c. fordert eine gründliche Bewertung, ob die bestehenden Rahmenbedingungen für Rechenschaftspflicht und Sorgfaltspflicht angesichts der wachsenden Rolle digitaler Intermediäre und KI-gestützter Dienste bei der Auswahl, Rangfolge und Aufbereitung von Nachrichten und Informationen von öffentlichem Interesse weiterhin angemessen sind; stellt fest, dass solche Dienste zwar nicht immer direkt an der Erstellung journalistischer Inhalte beteiligt sind und häufig auf automatisierten Prozessen oder nutzergeneriertem Material beruhen, dennoch aber durch ihre Torwächter-Stellung einen erheblichen Einfluss auf die Sichtbarkeit, Verbreitung und in bestimmten Fällen auch auf die Erstellung von Inhalten haben; betont, dass diese sich wandelnde Rolle weitreichende Folgen für den Medienpluralismus, das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu unabhängigen und vertrauenswürdigen Nachrichten, die Nachhaltigkeit lokaler Informationsökosysteme und letztlich das ordnungsgemäße Funktionieren demokratischer Prozesse haben kann; fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob gezielte Anpassungen, Klarstellungen oder ergänzende Schutzmaßnahmen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass neu entstehende digitale Dienste bei ihrer Tätigkeit ein angemessenen Maß an Verantwortung, Transparenz und

Verhältnismäßigkeit im Einklang mit den Grundrechten und dem öffentlichen Interesse walten lassen;

Or. en

Änderungsantrag 945
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19d. fordert die Kommission auf, die Wirksamkeit und Angemessenheit des bestehenden Urheberrechtsrahmens in Bezug auf journalistische Inhalte, einschließlich Presseveröffentlichungen, angesichts der sich wandelnden Marktbedingungen, der wachsenden Bedeutung digitaler Plattformen und des Einsatzes von Technologien der künstlichen Intelligenz genau zu überwachen und regelmäßig zu bewerten; betont, dass bei dieser Bewertung die Standpunkte und Rechte der Rechteinhaber gebührend berücksichtigt werden sollten und dass sie unter anderem im Rahmen der bevorstehenden Bewertung der Richtlinie über Urheberrechte im digitalen Binnenmarkt durchgeführt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 946
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 19 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19e. fordert, dass Initiativen zur Medienkompetenz verstärkt und umfassend umgesetzt werden, um Fehlinformationen und Desinformation entgegenzuwirken und die Resilienz der Gesellschaft in allen Altersgruppen zu stärken, wobei schutzbedürftigen Gruppen und Minderjährigen besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist; regt gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen zu den Risiken an, die mit der Nutzung von KI-gestützten Instrumenten für den Zugang zu Nachrichten verbunden sind, sowie zu der Notwendigkeit, Quellen vor der Weitergabe von Informationen im Internet zu überprüfen, insbesondere für Nutzer mit einer großen oder einflussreichen Zielgruppe; unterstützt darüber hinaus die Entwicklung und Förderung von Initiativen, die darauf abzielen, KI-generierte oder KI-manipulierte Inhalte gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Unionsrechts zu erkennen, anzuzeigen und eindeutig zu kennzeichnen, um Transparenz, fundierte Entscheidungsfindung und verantwortungsvolle digitale Teilhabe zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 947
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen	20. fordert die Kommission auf, ***eng mit der belgischen Regulierungsbehörde zusammenzuarbeiten, um*** ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um

des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex ***gegen*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;

seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, ***unter anderem bei der Anwerbung von Saboteuren,*** der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation***, Extremismus und terroristischen Inhalten*** in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex ***zur Bekämpfung von*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren; ***ist der Ansicht, dass die mangelnde Transparenz in Bezug auf die Verbindungen von Telegram zu russischen Nachrichtendiensten sowie Zweifel an der Sicherheit seiner Server und Datenverarbeitungsverfahren dringend geklärt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 948
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ***ihre Bewertung der*** Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend ***abzuschließen***, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu	20. fordert die Kommission auf, ***die*** Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend ***zu bewerten***, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen***; fordert die***

bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex ***gegen*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;

Kommission auf, für volle Transparenz gegenüber dem Europäischen Gremium für digitale Dienste hinsichtlich der Methodik, der Datenquellen und der Annahmen zu sorgen, die bei dieser Bewertung zugrunde gelegt wurden, und die Plattform unverzüglich neu zu bewerten (sofern neue Erkenntnisse oder Änderungen der Nutzungsmuster zutage treten); fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex ***zur Bekämpfung von*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 949
Petar Volgin, Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen***, um seine*** Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***zu bestimmen***; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden ***nachdrücklich*** auf, ***die potenzielle Rolle von Telegram bei***	20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen ***und dabei die Faktoren, die zum raschen Wachstum und zur Beliebtheit der Plattform geführt haben, einschließlich ihres permissiven Sprachmodells und ihres erklärten Widerstands gegen direkte Einflussnahme***

der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen ***und der Verbreitung von*** Desinformation ***in der EU zu untersuchen; fordert die*** Plattform ***zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex gegen Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf*** Transparenz***, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den*** digitalen Informationsraum ***zu wahren***;

durch staatliche Akteure, gründlich zu bewerten; betont, dass bei jeder Erwägung einer Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***der Bedarf der Nutzer an Privatsphäre, Autonomie und minimalen Eingriffen in Inhalte berücksichtigt werden sollte***; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden ***ferner*** auf, ***sicherzustellen, dass Untersuchungen zu mutmaßlichen kriminellen*** Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen ***oder*** Desinformation ***evidenzbasiert und verhältnismäßig sind, und fordert einen kontinuierlichen Dialog mit der*** Plattform ***über*** Transparenz ***und freiwillige Standards, wobei die Meinungsfreiheit und die Gleichbehandlung im gesamten*** digitalen Informationsraum ***gewahrt bleiben müssen***;

Or. en

Änderungsantrag 950
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, ***um seine*** Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***zu bestimmen***; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem	20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram***, wie dies bei WhatsApp der Fall war,*** dringend abzuschließen ***und festzustellen, ob die Voraussetzungen der*** Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste ***erfüllt sind***; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU

freiwilligen Verhaltenskodex ***gegen*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;	zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex ***zur Bekämpfung von*** Desinformation anzuschließen und die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;
	Or. en

Änderungsantrag 951
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, ***sich dem freiwilligen Verhaltenskodex gegen Desinformation anzuschließen und*** die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;	20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert die Plattform zudem nachdrücklich auf, die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig einzuhalten, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 952
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert ***die Plattform*** zudem ***nachdrücklich auf, sich dem freiwilligen Verhaltenskodex gegen Desinformation anzuschließen und*** die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig ***einzuhalten***, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;	20. fordert die Kommission auf, ihre Bewertung der Nutzerbasis und Funktionalität von Telegram dringend abzuschließen, um seine Einstufung als sehr große Online-Plattform im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu bestimmen; fordert die Kommission und die zuständigen Behörden nachdrücklich auf, die potenzielle Rolle von Telegram bei der Erleichterung krimineller Aktivitäten, der Einflussnahme bei Wahlen und der Verbreitung von Desinformation in der EU zu untersuchen; fordert zudem***, alle verfügbaren Durchsetzungsmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Plattform*** die EU-Vorschriften in Bezug auf Transparenz, die Moderation von Inhalten und Datenzugang vollständig ***einhält***, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den digitalen Informationsraum zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 953
Christine Anderson

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

20a. stellt fest, dass die jüngsten von den russischen Behörden auferlegten Beschränkungen für Kommunikationsplattformen, darunter auch Telegram, die strategische Bedeutung unabhängiger digitaler Kanäle für den freien Informationsaustausch verdeutlichen; betont, dass die Tatsache, dass eine Plattform Druck oder Kritik von mehreren staatlichen Akteuren ausgesetzt ist, an sich nicht als Beweis für eine Ausrichtung auf bestimmte ausländische Interessen gewertet werden sollte; fordert daher, dass die Bewertung der Risiken ausländischer Einmischung weiterhin streng evidenzbasiert, verhältnismäßig und unter Achtung der Kommunikationsfreiheit erfolgt; fordert die Union auf, bei der Erwägung restriktiver Maßnahmen gegen solche Dienste Zurückhaltung und Besonnenheit walten zu lassen und sicherzustellen, dass Maßnahmen, die im Namen der Sicherheit ergriffen werden, nicht genau den Praktiken der Kontrolle und Beschränkung der Kommunikation entsprechen, die sie an anderer Stelle zu kritisieren versucht;

Or. en

Änderungsantrag 954
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. ist der Ansicht, dass der Verkauf der Geschäftsaktivitäten von TikTok in den USA an amerikanische Unternehmen als Beispiel für die Stärkung der technologischen Souveränität Europas dienen kann; ist der Ansicht, dass die Union vergleichbare Ansätze bewerten und verfolgen sollte; äußert sich

gleichzeitig besorgt über die Auswirkungen des Verkaufs von TikTok in den USA auf laufende und künftige Untersuchungen der Kommission im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste sowie auf die Verpflichtungen von TikTok zur Moderation von Inhalten aus den USA, die für Nutzer in der Union gemäß dem Gesetz über digitale Dienste zugänglich sind;

Or. en

Änderungsantrag 955
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. empfiehlt, dass die gegen Plattformen verhängten Sanktionen dazu verwendet werden, unabhängige und zuverlässige Medien gemäß den branchenspezifischen Standards, wie beispielsweise der Journalism Trust Initiative, zu vergüten;

Or. en

Änderungsantrag 956
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der

Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;	Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; ***fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass in künftigen Rechtsvorschriften die Unterscheidung zwischen „Werbung“ und „redaktionellen Inhalten“ durch einheitliche Transparenzkennzeichnungen auf verschiedenen Plattformen klargestellt wird, um sicherzustellen, dass die Verbraucher erkennen können, ob für Inhalte bezahlt wurde oder nicht;*** begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen; ***fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung weiterhin durchzusetzen, insbesondere in Bezug auf Online-Plattformen, und Influencern die Einhaltung der Vorschriften durch den geplanten „Influencer Hub“ zu erleichtern;***
	Or. en

Änderungsantrag 957
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für*** Influencer***, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren***; ***begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;***	21. ***weist darauf hin, dass*** Influencer ***Meinungsfreiheit genießen und zu einer lebendigen und pluralistischen Medienlandschaft beitragen; spricht sich gegen jegliche Bemühungen aus, Anreize für Ersteller von Inhalten zu schaffen, sie finanziell zu unterstützen, zu kontrollieren oder zu lenken***;

Or. en

Änderungsantrag 958
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter ***zu erfassen und*** zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen;

Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere ***für*** Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

betont in diesem Zusammenhang, dass ***gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen und freiwillige Leitlinien erforderlich sind, um Influencer dabei zu unterstützen, Manipulationen und verdeckte Einflussnahme, einschließlich solcher aus Drittländern, zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken; bekräftigt, dass*** strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, ***wobei das Recht auf Redefreiheit, Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf Information uneingeschränkt zu achten sind,*** insbesondere ***im Hinblick auf*** Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 959
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ***ausländische*** Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich in der ***EU und weltweit*** daran beteiligen***; begrüßt die***

Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz ***und*** Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;	***Zusage der Kommission, die Rolle von Online-Influencern bei der bevorstehenden Bewertung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zu untersuchen***; betont in diesem Zusammenhang, dass ***die zuständigen Behörden*** strenge Standards für Transparenz***, auch in Bezug auf alle Formen von plattformgestützten Zahlungen, sowie für*** Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren***, bereitstellen müssen und es erforderlich ist, dass Online-Plattformen diese Standards übernehmen***; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 960
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen***; begrüßt die Zusage der Europäischen Kommission, die Rolle von Online-Influencern bei der***

Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;	***bevorstehenden Bewertung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zu untersuchen***; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 961
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen***; begrüßt die Zusage der Europäischen Kommission, die Rolle von Online-Influencern bei der bevorstehenden Bewertung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zu untersuchen***; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für

entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 962
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen; ***fordert die Kommission auf, alle diesbezüglich noch bestehenden Lücken im Rahmen des Gesetzes über digitale***

Fairness zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 963
Eszter Lakos, Ana Miguel Pedro, Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für Transparenz und Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;	21. empfiehlt, die Rolle von Influencern, einschließlich Nano- und Mikro-Influencern, bei der Gestaltung der öffentlichen Debatte und der Einflussnahme auf Wahlen weiter zu untersuchen, sowohl diejenigen, die sich bewusst oder unbewusst gegen ausländische Desinformationskampagnen stellen, als auch diejenigen, die sich daran beteiligen; betont in diesem Zusammenhang, dass strenge Standards für ***die*** Transparenz ***von Finanzierungs-, Vergütungs-*** und ***Sponsoringvereinbarungen sowie für die*** Informationsintegrität für Ersteller politischer Online-Inhalte erforderlich sind, insbesondere für Influencer, die in einer Grauzone zwischen kommerzieller Werbung und politischer Meinungsäußerung agieren; begrüßt die bestehenden Verhaltenskodizes, Schulungen und andere Initiativen, die entwickelt wurden, um die sozialen Medien und Influencer verantwortungsvoller und transparenter zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 964
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag

Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. weist darauf hin, dass nur Herausgeber von Pressediensten und audiovisuellen Diensten strengen Verpflichtungen unterliegen und dass für Journalisten ethische Pflichten gelten; stellt jedoch fest, dass Influencer auch Ersteller von Informationen sind und dass zwar ihre Meinungsfreiheit und ihre unternehmerische Freiheit zu achten sind, die Öffentlichkeit jedoch in der Lage sein muss, zwischen denjenigen zu unterscheiden, die eine persönliche Meinung äußern, und denjenigen, die vorgeben, der Öffentlichkeit faktenbasierte und vertrauenswürdige Informationen zur Verfügung zu stellen, oder sich selbst als Anbieter solcher Informationen präsentieren; ist der Ansicht, dass Influencern zusätzliche Anforderungen in Bezug auf die Informationsverarbeitung und -methodik auferlegt werden sollten, da diese Inhalte bereitstellen, die die Form von hochwertigen Informationen für die Öffentlichkeit haben oder als solche präsentiert werden; empfiehlt daher die Schaffung einer Kennzeichnung „Information Influencer“; weist darauf hin, dass diese Kennzeichnung nicht mit einer tatsächlichen journalistischen Ausbildung verwechselt werden sollte; begrüßt alle Versuche, Standards für verantwortungsbewusste Online-Influencer festzulegen, wie das französische „Certificat de l’influence responsable“ der Autorité de régulation professionnelle de la publicité;

Or. en

Änderungsantrag 965
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission auf, den Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu verlässlichen und redaktionell unabhängigen Informationsquellen (gemäß Artikel 3 des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes) sicherzustellen und insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste Maßnahmen zur Stärkung der Sichtbarkeit verlässlicher und redaktionell unabhängiger Informationsquellen, auch auf Online-Plattformen, aufzunehmen, damit auf diesen verlässlichen Nachrichtenquellen standardmäßig Vorrang eingeräumt wird, und nicht Desinformation und Propaganda gefördert werden; fordert die Kommission auf, Maßnahmen in Betracht zu ziehen, mit denen darauf hingewirkt wird, dass durch Algorithmen in sozialen Medien verlässlichen Nachrichtenquellen standardmäßig Vorrang eingeräumt wird, und nicht Desinformation und Propaganda gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 966
Danilo Della Valle

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. erklärt sich zutiefst besorgt darüber, dass israelische Staatsorgane eine Medienoffensive gegen die Souveränität der Europäischen Union führen, und verurteilt die strukturelle

Annäherung zwischen dem Ministerium für Angelegenheiten der Diaspora und der privaten Cyberüberwachungsindustrie unter der Führung ehemaliger Mitglieder der Einheit 8200; verurteilt nachdrücklich die verdeckte Finanzierung von Influencern und Astroturfing-Kampagnen, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung zu manipulieren und militärische Operationen zu beschönigen, und fordert die sofortige Einstellung solcher hybriden Kriegsführungspraktiken, mit denen die Logik des Besatzungsregimes in den demokratischen Raum der Europäischen Union importiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 967
Pina Picierno

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Einrichtung eines obligatorischen europäischen öffentlichen Registers für Influencer mit Verbindungen zu Drittländern, darunter Stiftungen, nichtstaatlichen Organisationen, Kulturzentren, religiöse Einrichtungen, Veröffentlichungsplattformen, Medienunternehmen und Akteure, die an der Erstellung oder Verstärkung politischer Inhalte beteiligt sind; betont, dass die Registrierung die Verpflichtung zur Meldung ausländischer Finanzierungen, wirtschaftlicher Eigentümer und institutioneller Partnerschaften beinhalten muss; ist der Ansicht, dass eine unterlassene Registrierung zum Ausschluss von jeglicher Form direkter oder indirekter Finanzierung durch die Union führen

sollte;

Or. en

Änderungsantrag 968
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission auf, Marken dazu anzuhalten, mit Influencern zusammenzuarbeiten, die sich freiwillig zertifizieren lassen können, um dafür zu sorgen, dass sie die für ihre Tätigkeit geltenden Rechtsvorschriften kennen, wodurch Marken, die mit zertifizierten Influencern zusammenarbeiten, sicher sein können, dass ihre Produkte in rechtskonformer Weise vermarktet werden, und Nutzer den Influencern mehr Vertrauen entgegenbringen können;

Or. en

Änderungsantrag 969
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass ***eine digitale*** Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass ***sensible*** Daten der	22. ist der Ansicht, dass ***der Aufbau einer digitalen*** Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine ***unverzichtbare*** strategische Säule der digitalen Resilienz ***und der strategischen***

europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, ***sich mit den erfolglosen Diskussionen über*** das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste ***auseinanderzusetzen*** und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit ***eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die*** den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit ***einer*** Machtkonzentration Rechnung ***trägt***; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren ***und*** Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; ***unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen,*** die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;

Autonomie ist, mit der sichergestellt wird, dass ***personenbezogene*** Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine ***prägnante und präzise*** Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; ***empfiehlt, ein Kennzeichnungssystem einzuführen, um den Grad der Souveränität, den ein Rechenzentrumsanbieter bieten kann (Stufe A bis D), besser zu unterscheiden, und damit für vollständige Transparenz und Klarheit zu sorgen und digitale Scheinsouveränität zu vermeiden; hebt die jüngsten Entwicklungen rund um Nexperia hervor, einen niederländischen Chiphersteller, der von dem chinesischen Unternehmen Wingtech übernommen wurde, oder Solvinity, das Unternehmen, das die niederländische öffentliche eID-Infrastruktur betreibt und von dem Unternehmen Kyndryl mit Sitz in den USA gekauft wurde; weist darauf hin, dass ausländische Beteiligungen und Investitionen in wichtige Infrastrukturen komplexe Fragen aufwerfen und dass eine wirksame Kontrolle wichtig ist, auch wenn die Vertragspartei, mit der die Regierung einen Beschaffungsvertrag abgeschlossen hat, ursprünglich in Europa ansässig ist; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen Belastungstest für die digitale Autonomie durchzuführen, indem sie die Abhängigkeiten von großen kommerziellen Technologieunternehmen für grundlegende öffentliche Dienstleistungen in der gesamten EU erfassen und einen Belastungstest dieser digitalen Infrastrukturen durchführen; fordert die Kommission auf, eine klare Strategie vorzulegen, wie die EU hinsichtlich dieser Frage widerstandsfähiger und sicherer werden kann, da die Abhängigkeit von zunehmend in ausländischem Besitz*

befindlichen kritischen Infrastrukturen nicht nur unsere Wettbewerbsfähigkeit schwächt, sondern auch unsere Sicherheit gefährdet; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zur Finanzierung eines wirklich europäischen Technologie-Ökosystems zu verstärken, um sicherzustellen, dass Europa über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg unabhängig von ausländischen Einflüssen ist; fordert die Kommission auf, ***auf die erfolglose Einführung von Cybersicherheitsregelungen und insbesondere auf*** das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste ***zu reagieren*** und ***gemeinsam mit den beiden gesetzgebenden Organen entschlossen*** im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit ***zu handeln, um*** den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit ***der*** Machtkonzentration ***und den Auswirkungen der Rechtsvorschriften von Drittländern*** Rechnung ***zu tragen***; fordert ***die Mitgliedstaaten*** nachdrücklich ***auf,*** die Entwicklung von Reallaboren***, die bereits nach Unionsrecht vorgeschrieben sind, zu beschleunigen, bedauert, dass viele Mitgliedstaaten ihren diesbezüglichen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen sind und damit die Rechtssicherheit gefährden; fordert verstärkte*** Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von ***souveränen*** Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; ***fordert die Kommission auf, die sofortige und langfristige Finanzierung von Elementen sicherzustellen, die für den Erfolg von EU-Initiativen im Bereich Online-Plattformen strukturell notwendig sind, wie beispielsweise gemeinsame Lösungen für die Moderation von Inhalten, technische Infrastruktur und die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle für die Integration von***

Medien- und journalistischen Inhalten auf Social-Media-Plattformen, mit denen sichergestellt wird, dass der Großteil der Einnahmen an diejenigen geht, die die Inhalte erstellen, und die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind; ***ist in diesem Zusammenhang besorgt darüber, dass die Anstrengungen der Kommission im Bereich der Vereinfachung zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit geführt haben, wodurch Innovationen insbesondere kleiner Akteure behindert werden;***

Or. en

Änderungsantrag 970
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im	22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im

Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;	Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind; ***betont, dass durch deren algorithmische Systeme der Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen gefördert werden sollte, während Verstärkungsmechanismen, die Desinformation, Manipulation oder gesellschaftliche Polarisierung begünstigen, vermieden werden sollten; fordert die Kommission auf, eine umfassende EU-weite Strategie vorzulegen, um sicherzustellen, dass die EU kritische Technologien anziehen und innerhalb der EU erhalten und sichern kann, unter anderem durch die Begrenzung ausländischer Übernahmen;***
	Or. en

Änderungsantrag 971
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und	22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und

souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision ***von EU-Social-Media-Plattformen***, die im Einklang mit den ***EU-Werten Transparenz, Datenschutz,*** Meinungsfreiheit und ***demokratische Rechenschaftspflicht*** gestaltet sind;

souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision ***eines wettbewerbsfähigen, pluralistischen und innovationsorientierten europäischen digitalen Ökosystems, einschließlich europäischer Social-Media-Plattformen***, die im Einklang mit den ***Grundrechten, der*** Meinungsfreiheit und ***Auswahlmöglichkeiten für Nutzer*** gestaltet sind***, ohne De-facto-Monopolstellungen zu schaffen oder politische oder ideologische Vorbehalte aufzuzwingen und ohne den freien Markt und den Wettbewerb zu untergraben, indem sichergestellt wird, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin frei wählen können, welche Plattformen sie nutzen, einschließlich Plattformen außerhalb der EU, unter vollständiger Achtung der Subsidiarität und***

Verhältnismäßigkeit;

Or. en

Änderungsantrag 972
Tomáš Zdechovský, Dan-Ştefan Motreanu, Sandra Kalniete, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz,	22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden, ***und ist ferner der Ansicht, dass die Monetarisierung von Desinformation, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Inhalten, die von mit Sanktionen belegten oder feindlichen staatlich kontrollierten Einrichtungen erstellt werden, ein systemisches Risiko im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste darstellt und zu sofortigen Abhilfemaßnahmen führen muss, einschließlich der Einführung einer angemessenen Aufsicht und Steuerung der Mechanismen zur Umverteilung der Einnahmen***; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken

Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;	hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;

Or. en

Änderungsantrag 973
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur ***der EU***, einschließlich sicherer ***lokaler*** Rechenzentren und ***souveräner*** Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten ***der EU***, eine ***strategische*** Säule der digitalen Resilienz ist***, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden***; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen***;*** fordert die Kommission auf, ***sich mit den erfolglosen*** Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste ***auseinanderzusetzen*** und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine ***konkrete*** Lösung	22. ist der Ansicht, dass eine ***widerstandsfähige und wettbewerbsfähige*** digitale Infrastruktur ***in Europa***, einschließlich sicherer Rechenzentren und ***starker*** Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten, eine ***wichtige*** Säule der digitalen Resilienz ***und des Wirtschaftswachstums*** ist; ***betont, dass die Politik die technologischen Fähigkeiten Europas in diesem Bereich stärken und gleichzeitig Offenheit, Wettbewerb und Interoperabilität mit globalen Partnern bewahren sollte***; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine ***klare und verhältnismäßige*** Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen***, um unnötige Hindernisse für Innovation und Investitionen zu vermeiden;*** fordert die Kommission auf, ***die noch anstehenden***

vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit ***und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration*** Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren ***mit kritischen Abhängigkeiten***; unterstützt ferner die langfristige ***Vision von EU-Social-Media-Plattformen***, die ***im Einklang mit den EU-Werten*** Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht ***gestaltet sind***;

Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste ***anzugehen*** und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine ***ausgewogene und praktikable*** Lösung ***vorzulegen***, die ***sowohl*** den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit ***als auch der Notwendigkeit*** Rechnung trägt***, einen dynamischen und wettbewerbsfähigen Markt aufrechtzuerhalten***; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und ***gezielten*** Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in ***strategisch wichtigen*** Sektoren; unterstützt ferner die langfristige ***Entwicklung vielfältiger und wettbewerbsfähiger Social-Media-Plattformen in Europa***, die Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht ***achten***;

Or. en

Änderungsantrag 974
Christophe Gomart

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der	22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung nicht in ausländischen Rechenzentren gespeichert werden; ***fordert die Kommission auf, alles daran zu setzen, dass eine echte europäische souveräne Cloud gestaltet,***

souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;

entwickelt und eingesetzt werden kann; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs vorzuschlagen; fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;

Or. fr

Änderungsantrag 975
Tomas Tobé, Mika Aaltola, Tomáš Zdechovský, Sandra Kalniete, Lena Düpont, Lukas Mandl, Eszter Lakos, Bartłomiej Sienkiewicz, Michał Wawrykiewicz, Ana Miguel Pedro, Fredis Beleris, Andrey Kovatchev
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-	22. ist der Ansicht, dass eine digitale Infrastruktur der EU, einschließlich sicherer lokaler Rechenzentren und souveräner Cloud- und Edge-Computing-

Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung ***nicht*** in ausländischen Rechenzentren ***gespeichert werden***; fordert die Kommission auf, im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung ***eine Definition der souveränen Cloud und ihres Anwendungsbereichs*** vorzuschlagen; ***fordert die Kommission auf, sich mit den erfolglosen Diskussionen über das EU-System für die Cybersicherheitszertifizierung für Cloud-Dienste auseinanderzusetzen und im Rahmen der Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit eine konkrete Lösung vorzuschlagen, die den Bedenken hinsichtlich der Cybersicherheit und Souveränität im Zusammenhang mit einer Machtkonzentration Rechnung trägt;*** fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;	Kapazitäten der EU, eine strategische Säule der digitalen Resilienz ist, mit der sichergestellt wird, dass sensible Daten der europäischen Bevölkerung ***vor Risiken geschützt werden, die mit der Speicherung*** in ausländischen Rechenzentren ***verbunden sind, insbesondere vor der Anwendung extraterritorialer Rechtsvorschriften; begrüßt den Vorschlag für einen überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit, mit dem verstärkte EU-Systeme für die Cybersicherheitszertifizierung eingeführt werden***; ***fordert die Kommission auf, der raschen Annahme von Cloud-Zertifizierungssystemen unter Berücksichtigung von Cybersicherheit und den Bedenken hinsichtlich der Souveränität Vorrang einzuräumen;*** fordert die Kommission auf, ***deren Anwendungsbereich*** im geplanten EU-Rechtsakt über Cloud- und KI-Entwicklung vorzuschlagen; fordert nachdrücklich die Entwicklung von Reallaboren und Finanzierungsmechanismen zur Unterstützung von Innovationen durch EU-Start-ups im Technologiebereich, insbesondere in Sektoren mit kritischen Abhängigkeiten; unterstützt ferner die langfristige Vision von EU-Social-Media-Plattformen, die im Einklang mit den EU-Werten Transparenz, Datenschutz, Meinungsfreiheit und demokratische Rechenschaftspflicht gestaltet sind;

Or. en

Änderungsantrag 976
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

22a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Vergabevorschriften rasch anzupassen und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Förderung des Kaufs europäischer Produkte in staatlichen Institutionen, Schulen, Krankenhäusern und anderen zivilen Einrichtungen durchgängig zu berücksichtigen; begrüßt die Bemühungen des EU-Parlaments, auf eine eigene Cloud-Infrastruktur umzusteigen, warnt jedoch davor, dass solche halbfertigen Maßnahmen ein falsches Gefühl der Sicherheit vermitteln können, da Metadaten weiterhin offenliegen und, noch wichtiger, Softwarelösungen ausländischer Unternehmen missbraucht werden können, um dem Parlament den Zugriff auf seine Daten zu verwehren und es damit praktisch funktionsunfähig zu machen; fordert die EU-Organe nachdrücklich auf, ihren Beschäftigten dringend europäische und quelloffene Software zur Verfügung zu stellen und dabei auf die Erfahrungen anderer staatlicher Einrichtungen in Deutschland, Dänemark, Österreich und Frankreich zurückzugreifen, die erhebliche Fortschritte bei der Verringerung ihrer Abhängigkeit von ausländischer Technologie und der Einsparung von Lizenzgebühren erzielt haben;

Or. en

Änderungsantrag 977
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. empfiehlt nachdrücklich, dass die gesamte digitale Infrastruktur, die für

nationale Transparenz-Register oder demokratische Berichterstattungssysteme verwendet wird, auf Open-Source-Software basieren sollte, um kontinuierliche Überprüfungen der öffentlichen Sicherheit zu ermöglichen; begrüßt in diesem Zusammenhang die von der Kommission geplante Open-Source-Strategie als Teil ihres Souveränitätspakets;

Or. en

Änderungsantrag 978
Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. weist auf die Verfügbarkeit von Gigabit-Netzen als grundlegende Voraussetzung für die Stärkung der Stabilität digitaler Netze hin, damit fortschrittliche, sichere digitale Infrastrukturen eingerichtet und genutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 979
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. betont, dass die EU eine Führungsrolle übernehmen muss, um den Aufbau wertorientierter innovativer, in Europa entwickelter Lösungen zu unterstützen; fordert die Kommission auf,

die Entwicklung und Ausweitung europäischer Initiativen angemessen zu finanzieren, um das Risiko einer Übernahme durch Risikokapitalgeber zu vermeiden; weist auf eine Reihe guter Beispiele der EU für europäische Alternativen hin, darunter GPT-NL, eine Initiative zur Schaffung eines generativen KI-Systems auf der Grundlage fair vergüteter Inhalte von Herausgebern, die SURF-Initiative niederländischer Universitäten, die sich von den großen Technologieunternehmen unabhängig machen und gemeinsam ihre eigene digitale Software und Infrastruktur beschaffen wollen, um die Qualität der gesellschaftlichen Debatte zu schützen, die demokratische Resilienz zu stärken und die strategische Abhängigkeit von ausländischen Plattformen zu verringern, durch deren Gestaltungs- und Verwaltungsmodelle nachweislich die demokratischen Prozesse in der Union untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 980
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die ***digitalen Regulierungsbehörden der EU*** und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von	23. fordert die Kommission, die ***zuständigen nationalen Behörden*** und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei ***traditioneller Monetarisierung,*** Programmen zur Umverteilung von Einnahmen ***und anderen von Plattformen ermöglichten Monetarisierungsdiensten (wie Spenden von Fans, Abonnements, Markeninhalte und Marketingdienste für verbundene Vertriebspartner)*** zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische

Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung ***im Rahmen solcher Programme*** als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;

Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ***stellt fest, dass Wahlen zu verstärkter Interaktion im Internet führen und finanziell motivierte ausländische Akteure anziehen können, die die gesellschaftliche Debatte stören und zur Desinformation beitragen können;*** ist der Ansicht, dass die ***vollständige*** Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Risikobewertungsverfahren im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zu nutzen, um Einblicke in die Monetarisierungspraktiken von sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen zu gewinnen; betont, dass die Kommission rechtliche Rahmenbedingungen schaffen sollte, mit denen für Transparenz hinsichtlich der Monetarisierungspraktiken von Plattformen gesorgt wird und finanzielle Anreize für die Verbreitung von Falschinformationen auf gewinnorientierten Plattformen beseitigt werden; hebt hervor, dass dies auch die Bekämpfung von gesponserten Inhalten und zielgerichteten Algorithmen umfasst, durch die falsche oder irreführende Informationen verstärkt werden; betont, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um durch Werbung verbreiteter Desinformation sowohl im Internet als auch in traditionellen Medien die finanzielle Grundlage zu entziehen, und dabei ausdrücklich auch Bewerberländer einbezogen werden sollten, um Regulierungslücken und grenzüberschreitende Ausstrahlungseffekte zu verhindern;***

Änderungsantrag 981
Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ***ist der Ansicht, dass die*** Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme ***als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste*** angegangen werden ***sollte***;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ***betont, dass das Problem der*** Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme ***wirksam*** angegangen werden ***muss; fordert daher, dass Monetarisierungsalgorithmen und Finanzströme im Zusammenhang mit Online-Inhalten systematisch nachverfolgt und offengelegt werden und dass Desinformation und ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung wirksam die finanzielle Grundlage entzogen wird, unter anderem durch die vollständige Anwendung der Artikel 27, 34, 35 und 38 des Gesetzes über digitale Dienste und der im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste und der Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung eingerichteten Archive für Werbung***; ***betont, dass bei den Empfehlungssystemen und KI-Assistenten der Plattformen sichergestellt werden sollte, dass vertrauenswürdige und redaktionell unabhängige Medien und verifizierte Quellen für Nachrichten und***

zivilgesellschaftliche Informationen angemessen hervorgehoben werden, unter anderem durch durchsetzbare Standardeinstellungen für „vertrauenswürdige Quellen“, und dass im digitalen Informationsraum die Richtigkeit systematisch Vorrang vor der Viralität haben muss;

Or. en

Änderungsantrag 982
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, für vollständige Transparenz bei der Bereitstellung von öffentlicher Unterstützung und Finanzmitteln für die Zivilgesellschaft zu sorgen, unter anderem durch die Veröffentlichung der einschlägigen Dokumente und Verträge, der gewährten oder zugesagten öffentlichen Mittel sowie der tatsächlichen Endbegünstigten, Gründer,***

Interessenträger und Spender, gegebenenfalls einschließlich der Finanzquellen aus Drittländern; betont, dass die Bürger das Recht auf Informationen über die Zuweisung öffentlicher Mittel an private Einrichtungen haben, und fordert, Vorschriften zu erlassen, die mit denen im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche vergleichbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 983
Kim Van Sparrentak, Hannah Neumann
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen ***und anderen von Plattformen ermöglichten Monetarisierungsdiensten*** zu sorgen, ***wie Abonnements oder Marketingdienste für verbundene Vertriebspartner,*** die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung***, Tätern transnationaler Repression*** oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte; ***betont, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, um der durch gezielte Werbung***

finanzierten Desinformation sowohl im Internet als auch in den traditionellen Medien die finanzielle Grundlage zu entziehen, und dabei ausdrücklich auch Bewerberländer und mögliche Bewerberländer einbezogen werden sollten, um Regulierungslücken und grenzüberschreitende Ausstrahlungseffekte zu verhindern, zumal die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, dass Bewerberländer häufig im Mittelpunkt solcher Desinformationskampagnen stehen und daher besonders gefährdet sind;

Or. en

Änderungsantrag 984
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte***, auch wenn solche Monetarisierungskanäle von nichtstaatlichen Akteuren, Netzen oder Intermediären genutzt werden, die in nationalen und nachrichtendienstlichen***

Sicherheitsbewertungen identifiziert wurden*; *ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Desinformation, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Inhalten, die von mit Sanktionen belegten oder staatlich kontrollierten Einrichtungen erstellt wurden, ein systemisches Risiko im Sinne des Gesetzes über digitale Dienste darstellt und zu sofortigen Abhilfemaßnahmen führen muss, einschließlich der Aussetzung von Mechanismen zur Aufteilung der Einnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 985
Eugen Tomac

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte; ***fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den digitalen Regulierungsbehörden, den zentralen Meldestellen und den Strafverfolgungsbehörden, um die illegale***

Finanzierung von Desinformationskampagnen aufzudecken und zu unterbinden;

Or. en

Änderungsantrag 986
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;	23. fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Programmen zur Umverteilung von Einnahmen zu sorgen, die es Akteuren in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung oder sogar Einrichtungen, die auf der Sanktionsliste stehen, ermöglichen könnten, Einnahmen zu erzielen; ***betont, dass durch Werbemaßnahmen und Strategien zur Aufteilung der Einnahmen und undurchsichtige Algorithmen indirekt Anreize für die Verbreitung manipulativer oder schädlicher Inhalte geschaffen werden;*** ist der Ansicht, dass die Monetarisierung von Aktivitäten in Bezug auf ausländische Informationsmanipulation und Einmischung im Rahmen solcher Programme als Teil der Verpflichtungen zur Risikobewertung und Risikominderung gemäß dem Gesetzes über digitale Dienste angegangen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 987
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. ist besorgt darüber, dass die Monetarisierungsdienste von Online-Plattformen, insbesondere in sozialen Medien, dazu missbraucht werden können und wurden, um die Integrität von Wahlen zu untergraben, unter anderem durch die Förderung und Verstärkung von Inhalten, mit denen demokratische Prozesse beeinträchtigt werden; nimmt ferner zur Kenntnis, dass Social-Media-Unternehmen trotz möglicher Verstöße gegen Sanktionsregelungen oder ihre eigenen Nutzungsbedingungen weiterhin Monetarisierungsprogramme und -dienste eingeführt haben; bedauert, dass dies zur Entstehung neuer Akteure und Netze im Bereich der Desinformation beigetragen hat, wodurch Anreize für die Erstellung schädlicher Inhalte geschaffen wurden und in einigen Fällen die Entwicklung solcher Akteure hin zu Anbietern koordinierter politischer Manipulations- oder Betrugskampagnen als Dienstleistung erleichtert wurde; fordert in diesem Zusammenhang, dass Online-Plattformen dringend solche Monetarisierungssysteme einstellen, bis vollständige Transparenz in Bezug auf die Akteure gewährleistet werden kann, und dass Transparenz in Bezug auf den Monetarisierungsstatus von Konten sichergestellt wird, bei denen festgestellt wurde, dass sie gegen die Nutzungsbedingungen oder Richtlinien der Plattform verstoßen, auch wenn die Monetarisierung ausgesetzt, eingeschränkt oder beendet wurde;

Or. en

Änderungsantrag 988
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. weist darauf hin, dass eine übermäßige Regulierung die Gefahr birgt, Innovationen und Investitionen zu bremsen, und betont, dass der Erfolg digitaler Unternehmen in erster Linie auf Wettbewerb, Offenheit und technologischer Exzellenz und weniger auf Protektionismus zurückzuführen ist; unterstreicht die starke transatlantische Tradition der Meinungsfreiheit, die insbesondere im ersten Verfassungszusatz der Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommt, und betrachtet die Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht eher als wichtigen Partner denn als Wettbewerber; weist ferner darauf hin, dass Nutzer eher erwarten, dass Plattformen die Meinungsfreiheit, Transparenz und ein ordnungsgemäßes Verfahren schützen, und sich weniger auf übermäßige Kontrolle oder zentralisierte Verwaltung der Inhalte verlassen;

Or. en

Änderungsantrag 989
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. weist darauf hin, dass die Algorithmen der Online-Plattformen bei der Entscheidung, welche Inhalte im Feed eines Nutzers beworben werden, auf der Grundlage von Daten über die Präferenzen und Schwachstellen jedes

einzelnen Nutzers fällen, wodurch diese Plattformen einen größeren Einfluss haben als traditionelle Herausgeber; ist daher der Ansicht, dass die derzeitigen Praktiken der Online-Werbung, insbesondere der verhaltensorientierten Werbung und ähnlicher Techniken, die einen Verstoß gegen das Recht auf Privatsphäre darstellen, sowie die Verwendung von verhaltensorientierter individualisierter Werbung durch Empfehlungssysteme, in hohem Maße anfällig für die Ausnutzung durch böswillige Akteure in Kampagnen zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung sind und somit eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 990
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. ist entsetzt über die Berichte, wonach Meta im Jahr 2024 10 % seines jährlichen Gesamtumsatzes mit Anzeigen für Betrügereien und verbotene Waren erzielt hat, was bedeutet, dass Nutzer täglich 15 Mrd. betrügerischen Werbeanzeigen ausgesetzt waren, und dass Berichten zufolge Meta einen internen Leitfaden entwickelt hat, mit dem darauf abgezielt wird, den Druck der Regulierungsbehörden zur Bekämpfung betrügerischer Werbung auf seinen Plattformen zu umgehen; begrüßt das Auskunftsersuchen der Kommission an Meta, fordert die Kommission jedoch auf, eine Untersuchung auf der Grundlage des Gesetzes über digitale Dienste einzuleiten und darauf hinzuwirken, dass Meta und

andere sehr große Online-Plattformen diese Praxis einstellen;

Or. en

Änderungsantrag 991
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. lobt die Verpflichtungszusage der Kommission, darauf hinzuarbeiten, Desinformation die finanzielle Grundlage zu entziehen; weist darauf hin, dass Desinformation nicht die finanzielle Grundlage entzogen werden kann, wenn die bestehenden Monetarisierungspraktiken und -strategien der Online-Plattformen nicht ausreichend transparent sind; stellt fest, dass durch aktualisierte Monetarisierungsregeln echte Urheber und Medienunternehmen nicht benachteiligt werden sollten und dass sie im Falle eines fehlerhaften oder ungerechtfertigten Entzugs der finanziellen Grundlage für entgangene Einnahmen entschädigt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 992
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, dass neben ausländischer

Informationsmanipulation und Einmischung auch inländische Desinformationsökosysteme und Anreizstrukturen von Plattformen die demokratische Debatte untergraben können; fordert die Kommission auf, diese Dynamik ausdrücklich zur Kenntnis zu nehmen und mit wirksamen Maßnahmen darauf zu reagieren, unter anderem durch Bewertungen systemischer Risiken und Maßnahmen zur Risikominderung im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste;

Or. en

Änderungsantrag 993
Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. verurteilt die Unterstützung durch bestimmte politische Parteien, darunter die ungarische Regierungspartei Fidesz, die Narrative aus Ländern außerhalb der EU wiedergeben und zur ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung beitragen, wodurch sie den Europäischen Schutzschild für die Demokratie untergraben, die Rechtsvorschriften der Union zur Digitalisierung schwächen und demokratische Werte aushöhlen;

Or. en

Änderungsantrag 994
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. stellt mit Besorgnis fest, dass Online-Plattformen, darunter Meta, berichtet haben, Politikern und staatlichen Akteuren in der EU Zugang zu ihren Monetarisierungsdiensten zu gewähren, obwohl sie scheinbar Beschränkungen eingeführt haben, um dies zu verhindern; nimmt zur Kenntnis, dass Online-Plattformen durch ihre Monetarisierungsdienste den Zugang zu illegaler Finanzierung erleichtern können; fordert die Kommission, die digitalen Regulierungsbehörden der EU und die Online-Plattformen auf, für Transparenz bei Monetarisierungsprogrammen und -diensten sowie für ein Risikomanagement im Hinblick auf die Integrität von Wahlen im Rahmen der Verpflichtungen zur Risikobewertung und -minderung gemäß dem Gesetz über digitale Dienste zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 995
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. fordert die Kommission auf, rasch Maßnahmen zu ergreifen, um der suchterzeugenden Gestaltung marktbeherrschender Social-Media-Plattformen sowie der Herausforderung durch algorithmische Manipulation und der polarisierenden Wirkung gezielter algorithmischer Empfehlungssysteme und gezielter Werbung entgegenzuwirken,

indem sowohl bestehende Instrumente genutzt als auch neue Rechtsinstrumente für noch verbleibende Lücken vorgeschlagen werden;

Or. en

Änderungsantrag 996
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 23 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23c. fordert die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Umsetzung und Durchsetzung des digitalen Regelwerks der EU durch die Kommission;

Or. en

Änderungsantrag 997
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI

sicherzustellen;	sicherzustellen***, und zu prüfen, ob diesbezüglich weitere legislative Maßnahmen erforderlich sind***; ***betont darüber hinaus, dass es dringend notwendig ist, sichere Dateninfrastrukturen in der EU, souveräne Cloud-Kapazitäten und nachhaltige langfristige Investitionen in europäische digitale Plattformen zu entwickeln, die mit demokratischen Werten, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit im Einklang stehen;***

Or. en

Änderungsantrag 998
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen; ***stellt ferner fest, dass ähnliche Risiken der Verzerrung und der bewussten Lenkung der Wähler hin zu bestimmten politischen Parteien oder Positionen auch durch traditionelle Instrumente entstehen können, darunter Anwendungen zur Abstimmungsberatung und Inhalte, die von Organisationen oder Medienunternehmen erstellt werden, die sich als unparteiisch darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 999
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ***die Ergebnisse von Chatbots und die Datenschutzgarantien für Chatbot-Wahlhilfen (Transparenz und Dateneingaben, Grenzen der Profilerstellung und Datenminimierung) im Einklang mit den Datenschutzvorschriften der EU kritisch zu bewerten und*** ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1000
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen

gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen; ***betont, dass durch die Überarbeitung des Rechtsakts zur Cybersicherheit für ein gemeinsames hohes Maß an Datensicherheit, insbesondere für die sensibelsten Daten, gesorgt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 1001
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ***über das Büro für Künstliche Intelligenz eine Untersuchung darüber durchführen zu lassen, inwieweit solche Praktiken gegen geltendes Recht, insbesondere gegen die Verordnung über künstliche Intelligenz, verstoßen, und*** ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1002

Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, ***die auf weitreichendere Bedenken in der gesamten Union schließen lassen, und*** wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1003
Sander Smit

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI sicherzustellen;	24. nimmt mit Besorgnis die Feststellungen der niederländischen Datenschutzbehörde zur Kenntnis, wonach KI-Chatbots voreingenommene und unzuverlässige Wahlempfehlungen geben können, wodurch die Integrität von Wahlen gefährdet wird; fordert die Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, Leitlinien für den Einsatz von KI in Wahlprozessen zu erstellen, um einen verantwortungsvollen Umgang mit KI ***unter uneingeschränkter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips*** sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1004
Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. begrüßt das künftige Gesetz über digitale Fairness als einen wichtigen Schritt zur Stärkung des Verbraucherschutzes, der Fairness und Transparenz im digitalen Umfeld und zur Bekämpfung schädlicher Geschäftspraktiken; betont darüber hinaus, dass dieses Gesetz für die Minderung von Risiken im Zusammenhang mit ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung wichtig ist, denn solche Risiken werden durch undurchsichtige und manipulative Online-Praktiken, die darauf abzielen, die Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen, begünstigt; betont, dass zur Bekämpfung dieser Bedrohungen systemische Merkmale der Plattformgestaltung und Monetarisierung angegangen werden müssen, insbesondere auf Interaktion und Polarisierung ausgerichtete Geschäftsmodelle, die Anreize für die Verbreitung spaltender, effektheischender und irreführender Inhalte zum Nachteil der Verbraucher und der demokratischen Resilienz bieten; fordert die Kommission auf, diese Lücken unverzüglich zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1005
Andrey Kovatchev, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. erklärt sich besorgt über die zunehmenden negativen Auswirkungen von Social-Media-Plattformen auf die körperliche und geistige Gesundheit, das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern, unter anderem durch suchterzeugende Gestaltungsmerkmale, die Exposition gegenüber schädlichen Inhalten und manipulative Praktiken; weist auf den Standpunkt des Parlaments hin, wonach die EU ambitionierte Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger im Internet ergreifen sollte, darunter die Einführung eines EU-weit einheitlichen Mindestalters im Digitalbereich für den Zugang zu sozialen Medien; fordert die Kommission auf, wirksame Mechanismen zur Altersfeststellung zu prüfen und voranzubringen, wobei die Privatsphäre und der Datenschutz Minderjähriger uneingeschränkt zu wahren sind;

Or. en

Änderungsantrag 1006
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert große Technologieunternehmen auf, die Finanzierung von Organisationen für die Freiheit des Internets im Hinblick auf Open-Source-Umgehungsmaßnahmen, VPN und Projekte für sichere Nachrichtenübermittlung in repressiven autokratischen Regimes wie Iran, China und Russland aufrechtzuerhalten; ist besorgt über den allmählichen Rückzug von Unternehmen aus Initiativen zur Förderung der Freiheit des Internets und

die Kürzung von Finanzmitteln für Open-Source-Projekte zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern; ist der Ansicht, dass durch die Reduzierung der Unterstützung für Umgehungstechnologien Millionen von Menschen der Überwachung und Nötigung ausgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1007
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, EU-weite Maßnahmen zur Förderung der digitalen Kompetenz zu verstärken, die speziell auf KI-vermittelte politische Informationen zugeschnitten sind, einschließlich praktischer Leitlinien, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, Quellen und Herkunft zu überprüfen, Täuschungen, Verzerrungen und Manipulationen zu erkennen, die Auswirkungen von Personalisierung und Empfehlungssystemen zu verstehen und eine übermäßige Abhängigkeit von Chatbot-Ergebnissen bei ihren Wahlentscheidungen zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 1008
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. bedauert, dass selbst kleine Organisationen wie Bits of Freedom in den Niederlanden in der Lage waren, Bestimmungen des Gesetzes über digitale Dienste, die sehr große Online-Plattformen unverhohlen missachtet haben, durch Gerichtsverfahren durchzusetzen, die Kommission jedoch in dieser Hinsicht noch nicht entschlossen handelt; fordert die Kommission auf, ihre zahlreichen laufenden Untersuchungen dringend abzuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 1009
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. fordert, dass der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation überprüft und überarbeitet wird, da er zu einer faktischen Moderation von Inhalten, zu politischer Steuerung und zur übermäßigen Entfernung rechtmäßiger Inhalte führen kann, wodurch die Grundrechte und Grundfreiheiten, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts, Informationen zu empfangen und weiterzugeben, eingeschränkt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1010
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. stellt fest, dass bei Medienkompetenz, staatsbürgerlicher Bildung und KI-gestützten Informationsinstrumenten gemäß Artikel 14 Absatz 3 der Charta der Grundrechte die elterlichen Rechte und die Vielfalt moralischer und religiöser Traditionen in den Mitgliedstaaten zu achten sind und dass diese pluralistisch und nicht normativ bleiben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1011
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. betont, dass es notwendig ist, allen Einrichtungen, die nachweislich nicht genehmigte einschneidende Überwachungstechnologien einsetzen oder deren Einsatz erleichtern, keine Finanzmittel der Union, öffentlichen Aufträge oder offiziellen Zugang zu den Organen der Union oder ihren Bediensteten zu gewähren;

Or. en

Änderungsantrag 1012
Andrey Kovatchev, Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 24 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24b. fordert die Kommission auf, einen Rechtsrahmen auf Unionsebene vorzuschlagen, in dem eine obligatorische Identitätsprüfung auf Social-Media-Plattformen, insbesondere auf sehr großen Online-Plattformen, vorgeschrieben wird, um sicherzustellen, dass jedes Nutzerkonto einer natürlichen Person entspricht, die ihren rechtlichen Namen und ihre Identität verwendet; betont, dass eine solche Überprüfung durch sichere und datenschutzkonforme Mechanismen erfolgen sollte, darunter die europäische Brieftasche für die Digitale Identität oder gleichwertige vertrauenswürdige Lösungen, wobei das Überprüfungssystem der Plattform lediglich eine Bestätigung bereitstellt, ob die Identität einer rechtsgültigen juristischen Person entspricht, ohne personenbezogene Daten oder Ausweisdokumente zu übermitteln; betont, dass der Zugang von Behörden zu überprüften Identitätsdaten unbedingt auf klar definierte rechtliche Bedingungen, wie beispielsweise eine richterliche Genehmigung, beschränkt sein muss; betont, dass diese Maßnahmen die Verpflichtungen der Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste zur Minderung systemischer Risiken und zur Wahrung des demokratischen Diskurses ergänzen und nicht ersetzen sollten; betont, dass dieser Ansatz unerlässlich ist, um die Transparenz und digitale Rechenschaftspflicht zu verbessern und ausländische Informationsmanipulationen und Einmischung, koordiniertes unehrliches Verhalten, Bot-Farmen und verdeckte politische Kampagnen zu verhindern, wobei die Meinungsfreiheit und der Datenschutz uneingeschränkt zu achten sind;

Or. en

Änderungsantrag 1013
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 24 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24b. betont, dass nach ständiger Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte das Recht auf freie Meinungsäußerung eine der wesentlichen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft ist und nicht nur für Informationen und Ideen gilt, die positiv aufgenommen oder als harmlos angesehen werden, sondern auch für solche, die beleidigend, schockierend oder störend sind; betont, dass die demokratische Debatte nicht einer politischen Überwachung oder ideologischen „Wahrheitskontrolle" unterworfen werden darf, auch nicht durch indirekten Druck auf Plattformen und Intermediäre; weist darauf hin, dass Beschränkungen der Redefreiheit nur ausnahmsweise und unter uneingeschränkter Beachtung des Gebots der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit erfolgen dürfen und niemals zur Unterdrückung rechtmäßiger Inhalte führen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 1014
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 24 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

24b. fordert die Kommission sowie die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass alle Transparenz- oder Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen des Schutzschildes für die Demokratie dem Grundsatz der Datenminimierung entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 1015
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 24 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24c. betont, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, einschließlich der Meinungsfreiheit, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind, uneingeschränkt zu achten sind, und betont, dass jede Beschränkung dieser Freiheiten nur ausnahmsweise und unter uneingeschränkter Beachtung des Gebots der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit erfolgen darf; weist darauf hin, dass Maßnahmen gegen Desinformation nicht als Vorwand für Zensur, politische Einmischung oder ideologische Filterung der öffentlichen Debatte dienen dürfen und sich auf die Bekämpfung illegaler Inhalte und eindeutig krimineller Handlungen, einschließlich direkter Aufstachelung zu Gewalt, konzentrieren sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1016
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 24 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24d. betont, dass ein erhebliches Risiko besteht, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und ausländischer Einmischung missbräuchlich eingesetzt werden könnten, um die Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in der Union zu rechtfertigen, unzulässigen Einfluss auf die öffentliche Debatte auszuüben und eine abschreckende Wirkung auf rechtmäßige Äußerungen zu erzielen; warnt davor, dass Behörden oder private Plattformen, die unter öffentlichem Druck stehen, letztendlich durch Vereinbarungen, die nicht zwingendem Recht unterliegen, freiwilligen Kodizes, Leitlinien oder Quasi-Lizenzierungsregelungen faktisch als Regulatoren politischer Debatten fungieren könnten, was zur Entfernung, Unterdrückung oder Herabstufung rechtmäßiger Inhalte führen würde; betont, dass klar zwischen legitimem Schutz demokratischer Prozesse und Zensur unterschieden werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1017
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Redefreiheit	***Meinungsfreiheit***

Or. en

Änderungsantrag 1018
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;	25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen; ***weist darauf hin, dass die ausschließliche und intransparente Kontrolle der sehr großen Online-Plattformen über die Verstärkung oder Unterdrückung von Meinungsäußerungen auf ihren Plattformen derzeit die größte Bedrohung für die Meinungsfreiheit in demokratischen Ländern darstellt; fordert die Kommission auf, politisch motivierte Zensur zu untersuchen, wie beispielsweise die jüngsten Fälle der Zensur von Nachrichten durch TikTok nach dem erfolgten Eigentümerwechsel, wenn Nachrichten das Wort „Epstein“ enthielten, oder die Zensur pro-palästinensischer Inhalte durch***

Meta; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Verstärkung bestimmter Inhalte oder Meinungen und das Unterdrücken anderer Meinungen einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit darstellt; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass Plattformen diesbezüglich im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste zur Rechenschaft gezogen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 1019
Tomáš Zdechovský, Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;	25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI***,*** und ***dass sie sich für Rechenschaftspflicht für Handlungen im digitalen öffentlichen Raum einsetzt; betont ferner, dass*** botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen; ***fordert Online-Plattformen auf, Nutzern die Auswahl zu ermöglichen, vorrangig oder***

ausschließlich mit verifizierten oder authentifizierten Konten zu interagieren, um so Online-Räume zu schaffen, die weniger anfällig für automatisiertes oder unehrliches Verhalten sind, ohne den Zugang zur digitalen Öffentlichkeit für andere Nutzer einzuschränken;

Or. en

Änderungsantrag 1020
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass ***der Europäische Schutzschild*** für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht ***schützen und wahren*** muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten ***zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen***; ***betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen*** schützt***, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen***;	25. betont, dass ***im Rahmen des Europäischen Schutzschildes*** für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht ***geachtet werden*** muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich ***früher*** zu den am stärksten geschützten ***zählten***; ***weist darauf hin, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ein Grundrecht ist, das vor staatlichen Beschränkungen*** schützt;

Or. en

Änderungsantrag 1021

Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren ***muss***, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;	25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie ***darauf abzielt,*** die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht ***zu*** schützen und ***zu*** wahren, das sowohl im Offline- als auch im Online-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen; ***besteht darauf, dass die Redefreiheit nicht als Argument zum Schutz der Informationsmanipulation herangezogen werden darf; weist darauf hin, dass alles, was in Europa illegal ist, auch illegal bleibt, bis die europäischen Bürgerinnen und Bürger etwas anderes entscheiden, unabhängig vom Druck, der von außen auf die EU und die Mitgliedstaaten ausgeübt wird;***

Or. en

Änderungsantrag 1022
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont ***jedoch***, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;	25. betont, dass der Europäische Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren muss, das sowohl im Online- als auch im Offline-Bereich gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, eine gemeinsame Verantwortung für den Schutz dieser Rechte tragen; betont, ***dass sehr große Online-Plattformen und bedeutende Anbieter digitaler Technologien daher die weiterreichenden gesellschaftlichen und demokratischen Folgen ihrer Dienste erkennen und wirksam angehen müssen, unter anderem durch solide Maßnahmen im Bereich der Risikominderung und Rechenschaftspflicht; betont,*** dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert wurde, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie KI und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1023
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass ***der Europäische***	25. betont, dass ***das Recht auf freie***

Schutzschild für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren ***muss***, das sowohl ***im Online-*** als auch ***im Offline-Bereich*** gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, ***eine gemeinsame Verantwortung*** für ***den Schutz*** dieser Rechte ***tragen***; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert ***wurde***, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie ***KI*** und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;	***Meinungsäußerung ein in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention eindeutig festgeschriebenes universelles Menschenrecht ist; ist der festen Überzeugung, dass alle Rechtsvorschriften auf EU- oder nationaler Ebene, einschließlich des Europäischen Schutzschildes*** für die Demokratie die Meinungs- und Informationsfreiheit als ein Grundrecht schützen und wahren ***müssen***, das sowohl ***Online*** als auch ***Offline*** gilt; betont, dass Menschenrechte in der EU im weltweiten Vergleich zu den am stärksten geschützten zählen und dass Unternehmen, die in der EU tätig sein und europäische Kunden anziehen möchten, ***gemeinsam*** für ***die Achtung und Wahrung*** dieser Rechte ***verantwortlich sind***; betont jedoch, dass die Meinungs- und Informationsfreiheit so konzipiert ***ist***, dass sie den Menschen schützt, und nicht Maschinen oder Software, die unehrliches Verhalten zeigen, wie ***KI-basierte*** und botbasierte Verstärkung und Steuerung sowie automatisierte Softwareprogramme, die repetitive Aufgaben über ein Netzwerk ausführen, um echte Nutzer nachzuahmen;

Or. en

Änderungsantrag 1024
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass Kultur eine strategische Säule des europäischen Projekts ist, da kulturelle Freiheit, kulturelles Erbe und Kreativität demokratische Teilhabe, kritisches

Denken und Vertrauen in demokratische Institutionen fördern; betont, dass Programmen wie AgoraEU eine wichtige Rolle dabei zukommt, diese Werte in konkrete Unterstützung umzusetzen, unter anderem im audiovisuellen Sektor, indem die Unabhängigkeit in der gesamten Wertschöpfungskette gefördert wird, sowie im Musik- und Buchsektor, indem unabhängige Labels und Herausgeber gefördert werden; bedauert, dass Angriffe auf die liberale Demokratie zunehmend durch Zensur, Einschüchterung, Mittelkürzungen oder politischen Druck gegen Künstler, Kulturakteure und kulturelle Institutionen gerichtet sind; betont daher, dass der Schutz der künstlerischen Freiheit und der kulturellen Institutionen ein wesentlicher Bestandteil der Wahrung der liberalen Demokratie und der Meinungsfreiheit in der Union ist;

Or. en

Änderungsantrag 1025
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass die Meinungsfreiheit und der Medienpluralismus tragende Säulen demokratischer Gesellschaften sind; weist darauf hin, dass Online-Plattformen, darunter auch große Social-Media-Plattformen, eine wesentliche Rolle dabei spielen, eine offene öffentliche Debatte, journalistische Tätigkeit und politischen Pluralismus zu ermöglichen; warnt vor dem Risiko, dass die Durchsetzung der Rechtsvorschriften im digitalen Bereich, einschließlich des Gesetzes über digitale Dienste, in einer Weise wahrgenommen oder umgesetzt

werden könnte, die sich in unverhältnismäßiger Weise gegen bestimmte Plattformen oder Standpunkte richtet; betont, dass Regulierungsmaßnahmen nicht zu indirekter Zensur, politischem Druck oder der Unterdrückung unrechtmäßiger Äußerungen unter dem Vorwand der Bekämpfung von Desinformation führen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 1026
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass der wirksamste und nachhaltigste Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit in einem hohen Maß auf der Medien- und Informationskompetenz beruht; betont, dass es wichtig ist, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, Informationen, einschließlich Online-Inhalten, algorithmischer Verstärkung und Desinformationsnarrativen, kritisch zu bewerten, in einen Kontext zu setzen und zu entschlüsseln; fordert daher, dass auf Unionsebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um Initiativen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie des lebenslangen Lernens zu fördern, die darauf abzielen, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zum kritischen Denken und ihre Resilienz im digitalen Informationsumfeld zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1027
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, António Tânger Corrêa, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass der Grundsatz der Rechtssicherheit ein grundlegendes Prinzip des Unionsrechts darstellt, wonach Vorschriften klar und deutlich sein müssen, damit Einzelpersonen ihre Rechte und Pflichten eindeutig erkennen können; ist der Ansicht, dass es für den Begriff „Desinformation“ keine ausreichend klare und allgemein anerkannte rechtliche Definition gibt und dass er von Natur aus mehrdeutig bleibt; warnt davor, dass die Einführung gesetzgeberischer oder beschränkender Maßnahmen auf der Grundlage solch vager Begrifflichkeiten zu willkürlicher Durchsetzung und zur Unterdrückung legitimer politischer Debatten und rechtmäßiger Äußerungen führen kann;

Or. en

Änderungsantrag 1028
Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass der Grundsatz der Rechtssicherheit (lex certa) ein grundlegendes Prinzip des Unionsrechts darstellt, wonach Vorschriften klar und deutlich sein müssen, damit Einzelpersonen ihre Rechte und Pflichten eindeutig erkennen können; ist der Ansicht, dass es für den Begriff „Desinformation“ keine genaue

rechtliche Definition im Strafrecht gibt und dass er von Natur aus mehrdeutig ist; warnt davor, dass die Einführung gesetzgeberischer oder beschränkender Maßnahmen auf der Grundlage solch vager Begrifflichkeiten unweigerlich zu willkürlicher Durchsetzung und Unterdrückung legitimer politischer Äußerungen führt;

Or. en

Änderungsantrag 1029
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass alle im Rahmen des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie vorgesehenen Maßnahmen, die sich auf die Sichtbarkeit, die Rangfolge, die Verbreitung oder die Zugänglichkeit rechtmäßiger Inhalte auswirken, einen Eingriff in die Meinungsfreiheit gemäß Artikel 11 der Charta darstellen können und daher gesetzlich geregelt sein, einem legitimen Ziel dienen und den Grundsätzen der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit gemäß Artikel 52 der Charta uneingeschränkt entsprechen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1030
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

25a. betont, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung zwar ein Grundrecht ist, jedoch nicht absolut gilt und verhältnismäßigen sowie rechtmäßigen Beschränkungen unterliegen kann, wenn diese dem Schutz der demokratischen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit und der Rechte anderer dienen;

Or. en

Änderungsantrag 1031
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. betont, dass die Union weiterhin aktiv gegen Narrative vorgehen muss, in denen behauptet wird, dass ihre Rechtsvorschriften im Bereich der Digitalisierung und Demokratie die Meinungsfreiheit untergraben; bekräftigt, dass die Meinungsfreiheit ein Grundwert der Europäischen Union ist und fest in ihrer Rechtsordnung und ihrem Rahmen für Grundrechte verankert ist; betont jedoch, dass diese Freiheit nicht herangezogen werden kann, um illegale Inhalte oder rechtswidrige Aktivitäten im Internet zu rechtfertigen oder zu legitimieren; betont, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten als souveräne demokratische Einrichtungen uneingeschränkt berechtigt sind, ihre eigenen Rechtsvorschriften im Einklang mit dem Unionsrecht und internationalen Verpflichtungen festzulegen und durchzusetzen; betont ferner, dass der Rechtsrahmen der Union im digitalen und demokratischen Bereich nicht Gegenstand politischer oder wirtschaftlicher Verhandlungen mit Drittländern oder privaten Akteuren sein

darf und dass die Durchsetzung und Weiterentwicklung der EU-Vorschriften weiterhin ausschließlich vom Schutz der Grundrechte, der demokratischen Integrität und den Interessen der Bürgerinnen und Bürger geleitet sein sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1032
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25b. betont, dass der Rahmen für systemische Risiken gemäß dem Gesetz über digitale Dienste nicht so ausgelegt oder angewendet werden darf, dass dadurch rechtmäßige politische Äußerungen reguliert oder unterdrückt werden, auch nicht mittels indirekter Maßnahmen, die sich auf die Sichtbarkeit oder Verbreitung von Inhalten auswirken; fordert die Kommission auf, objektive, vorab festgelegte Kriterien herauszugeben, anhand derer festgestellt werden kann, wann wegen mutmaßlicher ausländischer Einmischung Maßnahmen auf EU-Ebene gerechtfertigt sind, um Rechtssicherheit, Gleichbehandlung und demokratische Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 1033
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25c. betont, dass Empfehlungssysteme und Rankingmechanismen eine redaktionelle Funktion erfüllen, die mit der von Medienakteuren vergleichbar ist; betont, dass eine zwangsweise Offenlegung oder Änderung solcher Systeme dem Schutz gemäß den Artikeln 11, 16 und 17 der Charta unterliegen kann und nur ausnahmsweise und unter uneingeschränkter Beachtung der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit sowie vorbehaltlich einer wirksamen Überprüfung erfolgen darf;

Or. en

Änderungsantrag 1034
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25d. betont, dass im Rahmen des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie eine strikte operative Grenze gezogen werden muss zwischen i) der Bekämpfung von nach außen gerichteten Aktivitäten ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung auf Wahlen und ii) der Moderation, Rangfolge oder Herabstufung rechtmäßiger innenpolitischer Äußerungen; fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass Mechanismen, Leitlinien oder „Protokolle“ im Zusammenhang mit dem Schutzschild auf eindeutig nachgewiesene ausländische Manipulationen beschränkt bleiben und nicht zu einem Instrument für eine allgemeine „Meinungssteuerung“ werden;

Or. en

Änderungsantrag 1035
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25e. fordert Mindestgarantien für die Rechtsstaatlichkeit für alle Strukturen zur Lageerfassung oder Frühwarnung auf EU-Ebene im Bereich der ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung, einschließlich öffentlicher Methoden, nachvollziehbarer Beweisstandards, Aufzeichnungen über ergriffene Maßnahmen und wirksamer Überprüfungs- und Rechtsbehelfsmöglichkeiten, wenn Plattformen oder Behörden aufgrund von Meldungen im Zusammenhang mit dem Schutzschild tätig werden; betont, dass rein exekutive Modelle der „internen Verteilung“ nicht mit demokratischer Rechenschaftspflicht vereinbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 1036
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25f. betont, dass die Nutzung privilegierter Meldewege (einschließlich der Priorisierung nach dem Prinzip des „vertrauenswürdigen Hinweisgebers“) streng auf Meldungen über illegale Inhalte beschränkt sein muss und nicht – direkt oder indirekt – auf umstrittene,

aber rechtmäßige Standpunkte ausgedehnt werden darf; fordert, dass die beteiligten Stellen, ihre Finanzierung, die Anzahl der Meldungen, die Fehlerquoten und die Streitbeilegungsergebnisse transparent gemacht werden;

Or. en

Änderungsantrag 1037
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25g. betont, dass die automatisierte oder groß angelegte Verbreitung von Inhalten an sich keine ausländische Einmischung oder Desinformation darstellt, wenn die zugrunde liegenden Inhalte rechtmäßig sind und die menschliche redaktionelle Absicht widerspiegeln; fordert, dass solche Äußerungen gemäß Artikel 11 der Charta geschützt werden; fordert die Kommission nachdrücklich auf, zu bekräftigen, dass automatisierte Inhalte nicht allein aufgrund ihres Formats, ihrer Herkunft oder ihres Umfangs vorsorglich entfernt oder herabgestuft werden dürfen, wenn keine konkreten Hinweise auf betrügerische Manipulationen oder rechtswidriges Verhalten vorliegen;

Or. en

Änderungsantrag 1038
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25h. betont, dass privilegierte Meldewege, einschließlich der Priorisierung vertrauenswürdiger Hinweisgeber, auf illegale Inhalte beschränkt sein und mit strengen Transparenzpflichten einhergehen müssen; fordert die jährliche Veröffentlichung i) der Liste der benannten Stellen, ii) der erhaltenen EU-Mittel und anderer öffentlicher Mittel, iii) der Anzahl der Meldungen, iv) der Fehler- und Aufhebungsraten sowie v) der Beschwerde-/Ergebnisstatistiken, um die Unabhängigkeit und Verhältnismäßigkeit zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 1039
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25i. warnt davor, dass weit gefasste und emotional aufgeladene Kategorien wie „digitale Gewalt“ die Gefahr bergen, dass die Unterscheidung zwischen rechtswidrigen Bedrohungen und rechtmäßiger politischer Kritik aufgehoben wird; fordert klare begriffliche Abgrenzungen und Schutzmaßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Schutzschild nicht dazu genutzt werden können, die rechtmäßige Kontrolle von Behörden, politischen Akteuren oder der öffentlichen Politik zu schwächen oder zu unterbinden;

Or. en

Änderungsantrag 1040
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25j. fordert die Kommission auf, vor der Instrumentalisierung des Gesetzes über digitale Dienste zur Bekämpfung von ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung die grenzüberschreitenden kumulativen Auswirkungen der Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste zu bewerten und sicherzustellen, dass die Verpflichtungen zur Entfernung von Inhalten territorial und rechtlich verhältnismäßig bleiben, damit rechtmäßige Äußerungen in einem Mitgliedstaat nicht indirekt aufgrund von in einem anderen Mitgliedstaat geltenden Beschränkungen unterdrückt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1041
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 25 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25k. fordert die Kommission auf, das systemische Risiko einer übermäßigen Entfernung rechtmäßiger Inhalte bei der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste systematisch zu bewerten, darunter auch die Auswirkungen von vorsorglicher Moderation, risikovermeidendem Verhalten von Plattformen und kumulativem Durchsetzungsdruck auf den

demokratischen Diskurs, bevor das Gesetz über digitale Dienste gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung angewendet wird;

Or. en

Änderungsantrag 1042
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sophie Wilmès, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen ***und dafür zu sorgen, dass die Mechanismen für Meldungen, Berichterstattung und Rechtsbehelfe leicht zugänglich, benutzerfreundlich und in der Praxis wirksam bleiben***; ***fordert die Kommission und die nationalen Behörden auf, die praktische Funktionsweise dieser Mechanismen zu überwachen, einschließlich etwaiger Änderungen an der Ausgestaltung, die die Wirksamkeit der Berichterstattung beeinträchtigen könnten, und erforderlichenfalls Abhilfemaßnahmen zu verlangen;*** betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums

beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 1043
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten ***und zur Monetarisierung*** anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte ***oder Konten*** entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen; ***betont insbesondere, dass es dringend notwendig ist, sich mit der Rolle von Empfehlungssystemen zu befassen, deren Gestaltung und Funktionsweise die den Nutzern präsentierten Informationen und Feeds erheblich prägen, priorisieren und***

manipulieren können, was potenzielle Auswirkungen auf Pluralismus, Transparenz und informierte demokratische Teilhabe haben kann;

Or. en

Änderungsantrag 1044
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden***; betont, dass es wichtig ist, auf einen gleichberechtigten Zugang zu einer hochwertigen Moderation von Inhalten in allen europäischen Sprachen hinzuwirken; fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen auf EU-Ebene zu ergreifen, um sprachliche und regionale Ungleichheiten bei den Kapazitäten zur Moderation von Inhalten zu beseitigen, unter anderem durch gezielte Verpflichtungen sowie Überwachungs- und Durchsetzungsmaßnahmen***; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des

Informationsraums beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 1045
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der ***Plattformen***, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass ***Plattformen*** gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten ***auf einfache Weise und ohne übermäßige Kosten, auch vor Verwaltungsbehörden und Justizbehörden,*** anzufechten, und die Verpflichtung der ***Online-Plattformen***, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass ***Online-Plattformen*** gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen; ***bedauert in diesem Zusammenhang, dass nicht alle Online-Plattformen das Melde- und Abhilfeverfahren gemäß dem Gesetz über digitale Dienste umgesetzt haben; fordert die Kommission auf, diesbezüglich dringend Durchsetzungsmaßnahmen zum Abschluss zu bringen;***

Or. en

Änderungsantrag 1046
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, ***für vollständige Transparenz zu sorgen und*** zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen; ***stellt jedoch fest, dass in mehreren Mitgliedstaaten Debatten geführt wurden, in denen Bedenken geäußert wurden bezüglich der Risiken einer Überregulierung, übermäßiger Verwaltungsbefugnisse bei der Moderation von Online-Inhalten und der Notwendigkeit, eine demokratische und gerichtliche Kontrolle sicherzustellen, um die Meinungsfreiheit umfassend zu schützen;***

Or. en

Änderungsantrag 1047

Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte einzelner Nutzer auch die Durchführung gründlicher Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken umfasst, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen; ***betont ferner, dass ein algorithmischer Pluralismus erforderlich ist, um eine ausgewogenere öffentliche Debatte anzuregen, in deren Rahmen weniger Polarisierung vorherrscht und verhindert wird, dass der Informationsraum von unverhältnismäßig mächtigen Einrichtungen eingenommen wird;***

Or. en

Änderungsantrag 1048
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

26. ***würdigt, wie wichtig*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, ***zu diesem Zweck einen gesonderten Mechanismus*** für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte ***einzelner Nutzer*** auch ***die Durchführung gründlicher*** Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken ***umfasst***, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;	26. ***stellt fest, dass*** wirksame Schutzmaßnahmen für Nutzer bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte ***wichtig*** sind, darunter die Möglichkeit, Entscheidungen der Plattformen zur Moderation von Inhalten anzufechten, und die Verpflichtung der Plattformen, Nutzer zu informieren, wenn ihre Inhalte entfernt oder eingeschränkt werden; weist erneut darauf hin, dass Plattformen gemäß dem Gesetz über digitale Dienste verpflichtet sind, ***interne Mechanismen*** für die Bearbeitung von Beschwerden bereitzustellen; betont, dass der Schutz der Grundrechte auch ***gründliche*** Bewertungen und die Minderung systemischer Risiken ***erfordert***, die die Integrität des Informationsraums beeinträchtigen;

Or. en

Änderungsantrag 1049
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. weist darauf hin, dass die Überprüfung von Fakten und die unabhängige Verifizierung von Informationen keine Zensur darstellen, sondern vielmehr ein Instrument der Transparenz und Rechenschaftspflicht sind, mit dem nachweislich falsche oder irreführende Behauptungen aufgedeckt und richtiggestellt werden sollen; betont, dass mit der Faktenprüfung nicht beabsichtigt ist, eine rechtmäßige Meinungsäußerung zu beschränken, sondern den Bürgerinnen und Bürgern kontextbezogene, evidenzbasierte Informationen zur Verfügung zu stellen,

die ihnen fundierte Entscheidungen und eine ausgewogenere demokratische Debatte ermöglichen; stellt fest, dass Korrekturmechanismen wie „Hinweise der Community“ häufig mit strukturellen Einschränkungen behaftet sind, darunter verzögerte Sichtbarkeit, uneinheitliche Qualitätsstandards, begrenzte Rechenschaftspflicht, Anfälligkeit für koordinierte Manipulationen und unzureichende Reichweite in schnelllebigen Informationsumgebungen, und daher kein Ersatz für unabhängige, professionell durchgeführte Faktenprüfungen oder zuverlässige Risikominderungsmechanismen der Plattformen sein können;

Or. en

Änderungsantrag 1050
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. betont, dass die in Artikel 11 der Charta der Grundrechte und Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) verankerte Freiheit, Informationen zu empfangen und weiterzugeben, ein Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft ist; weist darauf hin, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stets bekräftigt hat, dass die Öffentlichkeit ein Recht darauf hat, über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informiert zu werden, und dass Einzelpersonen das Recht haben, Informationen und Ideen „ohne behördliche Eingriffe” auszutauschen; betont, dass die Beschränkung des Zugangs zu Informationen aus subjektiven oder streitigen Gründen,

einschließlich der Begründung, dass diese „falsch“ oder „irreführend“ seien, einen unverhältnismäßigen Eingriff in dieses Recht darstellen kann; betont, dass nicht Zensur das geeignete Mittel gegen falsche Äußerungen ist, sondern „Gegenrede“ und offene Debatten;

Or. en

Änderungsantrag 1051
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. verurteilt die systematische Fälschung und Verwendung verzerrter historischer Argumente durch das russische Regime und ist der Ansicht, dass diese Versuche das kollektive Gedächtnis und die Identität Europas insgesamt zersetzen und die historische Wahrheit, die demokratischen Werte und den Frieden in Europa gefährden; bedauert, dass Symbole totalitärer Regime nach wie vor im öffentlichen Raum präsent sind, und fordert, dass die Zurschaustellung von Symbolen sowohl des Nationalsozialismus als auch des Sowjetkommunismus sowie von Symbolen der fortschreitenden Aggression Russlands gegen die Ukraine EU-weit verboten wird;

Or. en

Änderungsantrag 1052
Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. bekräftigt, dass die Feststellung der Rechtswidrigkeit von Inhalten das ausschließliche Vorrecht der unabhängigen Justiz und nicht der privaten Technologieunternehmen oder Verwaltungsbehörden ist; besteht darauf, dass Inhalte nicht ohne vorherige gerichtliche Anordnung oder eine gerichtlich überprüfbare Entscheidung einer unabhängigen Behörde dauerhaft aus Gründen der Rechtswidrigkeit entfernt werden dürfen, damit das in Artikel 47 der Charta verankerte Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht gewährleistet ist;

Or. en

Änderungsantrag 1053
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. weist darauf hin, dass eine wirksame Plattform-Governance und die Medienresilienz von unabhängigen, mit ausreichenden Mittel ausgestatteten Regulierungsbehörden abhängen; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Anforderungen an die Unabhängigkeit und die Mittelausstattung von Koordinatoren für digitale Dienste und nationalen Medienregulierungsbehörden uneingeschränkt zu erfüllen; fordert die Kommission auf, Schulungen, technische Unterstützung und schnelle grenzüberschreitende Koordinierungsmechanismen zu unterstützen, damit die Regulierungsbehörden mit den sich weiterentwickelnden

Manipulationstaktiken und -technologien Schritt halten können;

Or. en

Änderungsantrag 1054
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, mit Journalisten und Medien in transparenter und ausgewogener Weise zusammenzuarbeiten; verurteilt die europäischen Regierungen und politischen Parteien, die in den vergangenen Jahren die Fragen von Journalisten mit parteiischer Voreingenommenheit gefiltert und ungünstige Medien von Pressekonferenzen ausgeschlossen haben, insbesondere während Gesundheitskrisen und humanitären Katastrophen, wenn klare und transparente Informationen besonders dringend erforderlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 1055
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. weist darauf hin, dass sich Social-Media-Plattformen Autokraten und Militärdiktaturen unterworfen haben, beispielsweise TikTok in Myanmar; hebt daher hervor, dass sie entgegen ihrer Behauptung, das Recht auf freie

Meinungsäußerung zu verteidigen, mit Regierungen zusammenarbeiten, die dieses Recht einschränken; besteht daher darauf, dass die europäischen Rechtsvorschriften zur Digitalisierung vollständig umgesetzt werden müssen, um das Recht der europäischen Bevölkerung auf freie Meinungsäußerung zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 1056
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. betont, dass bei den Schutzmaßnahmen für Nutzer die in Artikel 11 der Charta verankerte Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit uneingeschränkt zu achten ist; betont, dass Entscheidungen über die Moderation von Inhalten rechtmäßig, transparent, verhältnismäßig und auf klaren, objektiven sowie vorhersehbaren Regeln beruhen sollten, um eine willkürliche oder politisch voreingenommene Durchsetzung zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 1057
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert die Kommission und die

Mitgliedstaaten auf, Möglichkeiten zu prüfen, um den Umfang und die praktische Anwendbarkeit des Begriffs der redaktionellen Verantwortung, wie er in der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und im Europäischen Medienfreiheitsgesetz definiert ist, sowie dessen Zusammenhang mit weiter gefassten Begriffen der Rechenschaftspflicht der Medien im digitalen Umfeld klarzustellen; betont, dass eine solche Klarstellung darauf abzielen sollte, den Zugang zu verlässlichen Nachrichten und die einheitliche Anwendung professioneller journalistischer Standards zu gewährleisten und gleichzeitig den sich verändernden Mustern der Erstellung und Verbreitung von Inhalten Rechnung zu tragen; legt nahe, die Grundsätze der redaktionellen Verantwortung gegebenenfalls schrittweise auszuweiten oder freiwillig zu übernehmen, indem neue Akteure, die Nachrichten oder nachrichtenähnliche Inhalte verbreiten, darunter Ersteller von Online-Inhalten und Intermediäre im Bereich der digitalen Medien, mittels verhältnismäßiger und anreizbasierter Ansätze einbezogen werden; betont, dass eine Stärkung des Bewusstseins und der Übernahme redaktioneller Verantwortung durch alle einschlägigen Akteure zu vertrauenswürdigeren Informationsökosystemen und positiven Rechenschaftsstrukturen beitragen kann, sofern bei solchen Maßnahmen die Medienfreiheit, die redaktionelle Unabhängigkeit und das Recht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt gewahrt bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 1058
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. weist auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 18. Dezember 2012 in der Rechtssache Ahmet Yıldırım/Türkei hin, in dem festgestellt wurde, dass das Internet zu einem der wichtigsten Mittel geworden ist, mit denen Einzelpersonen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit ausüben; betont, dass Online-Plattformen wesentliche Instrumente für die Teilhabe am demokratischen Leben und für Diskussionen über Fragen von politischem und öffentlichem Interesse bieten; warnt davor, dass Maßnahmen, die den Zugang zu ganzen Plattformen blockieren oder die rechtmäßige Äußerungen einschränken, auch unter vagen Vorwänden wie „Desinformation", einen besonders schwerwiegenden Eingriff in Artikel 10 EMRK darstellen und die Gefahr bergen, dass sie eine „abschreckende Wirkung" auf die demokratische Debatte haben;

Or. en

Änderungsantrag 1059
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, wirksame Maßnahmen auszuarbeiten und anzuwenden, um der „russistischen" nationalistischen imperialistischen Ideologie, Politik und Praxis des derzeitigen russischen Regimes

entgegenzuwirken, und fordert sie auf, dafür zu sorgen, dass die öffentliche Leugnung, grobe Verharmlosung oder Rechtfertigung von Verbrechen, die im Zuge des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine begangen wurden, sowie die Förderung von Symbolen und Ideologien, die mit einer solchen Aggression in Verbindung stehen, mit wirksamen Strafen, auch strafrechtlicher Verfolgung, geahndet werden;

Or. en

Änderungsantrag 1060
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. ist ernsthaft besorgt über legislative oder exekutive Maßnahmen in bestimmten Mitgliedstaaten, durch die die Governance-Mechanismen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in einer Weise verändert werden, die die Gefahr einer Konzentration des politischen Einflusses auf Redaktionen oder die Geschäftsführung mit sich bringt; weist darauf hin, dass die öffentlich-rechtlichen Medien von staatlicher Kontrolle unabhängig bleiben müssen;

Or. en

Änderungsantrag 1061
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

26c. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Rolle von Redaktionsausschüssen in öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu stärken, um die redaktionelle Unabhängigkeit und Pressefreiheit zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 1062
Juan Ignacio Zoido Álvarez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26d. verurteilt die Entwicklungen in bestimmten Mitgliedstaaten, in denen öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten zu synchronisierten Meinungsmachern geworden sind, und diese ihre Kommunikationsstrategien zunehmend an die der Regierung angepasst, oppositionelle Stimmen marginalisiert und eine pluralistische Debatte verhindert haben, wodurch ihre Rolle als unabhängige Kontrollinstanzen im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger und nicht der amtierenden Regierungen untergraben wurde;

Or. en

Änderungsantrag 1063
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell

unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, das Europäische Medienfreiheitsgesetz rasch umzusetzen, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine konsequente Durchsetzung seiner Bestimmungen zu sorgen und Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Mitgliedstaaten die Bestimmungen nicht einhalten; stellt fest, dass das Versäumnis, geltende EU-Rechtsvorschriften ordnungsgemäß umzusetzen und durchzusetzen, eine ernsthafte Bedrohung für die Informationsfreiheit darstellt; betont, dass sehr große Online-Plattformen auch ihren neuen Verpflichtungen gemäß dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz nicht nachkommen, mit denen redaktionelle Inhalte vor ungerechtfertigter Entfernung oder Beschränkung ihrer Sichtbarkeit geschützt werden sollen; fordert die Kommission und das Europäische Gremium für Mediendienste auf, die Nichteinhaltung durch sehr große Online-Plattformen zu untersuchen und das Europäische Medienfreiheitsgesetz konsequent durchzusetzen;*** begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1064
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ***ein*** zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie ***sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden***; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden***, und fordert entsprechende langfristige*** Verpflichtungen im kommenden MFR;	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung ***und Unterstützung*** freier***, glaubwürdiger*** und redaktionell unabhängiger Medien ***von*** zentraler ***Bedeutung für die Gewährleistung demokratischer Resilienz in den Mitgliedstaaten sind und ein wichtiger*** Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie ***sein können***; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten ***und einheitlichen*** Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden***; vertritt die Auffassung, dass die finanziellen*** Verpflichtungen im kommenden MFR***, einschließlich der Maßnahmen zur Stärkung des Medienpluralismus, der Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich und der Nachhaltigkeit des unabhängigen Journalismus, nicht darauf abzielen dürfen, in die Medienlandschaft der Mitgliedstaaten einzugreifen***; ***betont, dass jegliche EU-Finanzierung in diesem Bereich politisch neutral, transparent und auf objektiven, fairen und nichtdiskriminierenden Kriterien beruhend bleiben muss und nicht dazu verwendet werden darf, bestimmte ideologische Agenden zu fördern oder bestimmte Medien oder Journalisten auf der Grundlage ihrer redaktionellen Standpunkte gegenüber der EU oder ihren Organen zu***

begünstigen;

Or. en

Änderungsantrag 1065
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind***; betont ferner, dass die Wahrung eines unabhängigen und pluralistischen Mediensektors, der vor politischer, wirtschaftlicher oder struktureller Vereinnahmung geschützt ist, als Voraussetzung für die Sicherstellung der Informationsintegrität und der demokratischen Resilienz anerkannt werden muss und nicht als sekundäres oder nebensächliches Ziel von Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation betrachtet werden darf***; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1066
Vasile Dîncu

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; ***betont, dass starke, unabhängige und angemessen finanzierte öffentlich-rechtliche Medien eine unverzichtbare Rolle bei der Bekämpfung von Desinformation spielen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich mit den prekären Arbeitsbedingungen von Journalisten zu befassen, die den Sektor anfällig für Vereinnahmung und externe Einflussnahme machen***; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1067
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; ***stellt fest, dass durch das derzeitige digitale Informationsumfeld häufig Medienakteure benachteiligt werden, die redaktionelle Verantwortung und Verpflichtungen im öffentlichen Interesse übernehmen, und stattdessen Intermediäre begünstigt werden, die keine vergleichbaren Pflichten haben***; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1068
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; ***fordert daher eine rasche Umsetzung durch die Mitgliedstaaten und fordert die Kommission auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, falls ein Mitgliedstaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt;*** begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1069
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die	27. ist der Ansicht, dass Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger Medien ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die

Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	Demokratie sind; begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden ***und deren wichtigste Bestimmungen am 8. August 2025 in Kraft getreten sind***; weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung; begrüßt die neuen Verpflichtungen im Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;

Or. en

Änderungsantrag 1070
Jaroslav Bžoch, Marieke Ehlers, Virginie Joron, Fabrice Leggeri

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ist der Ansicht, dass ***Maßnahmen zur Förderung freier und redaktionell unabhängiger*** Medien ***ein zentraler Bestandteil der Verwirklichung der Ziele des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie sind***; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die bahnbrechenden gemeinsamen Mindeststandards für Medienfreiheit und -pluralismus, die durch die Annahme des*** Europäischen ***Medienfreiheitsgesetzes eingeführt wurden***; ***weist jedoch darauf hin, dass die Bedeutung der Verordnung nur anhand ihrer Umsetzung in der Praxis beurteilt werden kann, und betont daher die Bedeutung einer strikten Durchsetzung***; ***begrüßt die neuen Verpflichtungen im***	27. ist der Ansicht, dass ***die Mitgliedstaaten freie und redaktionell unabhängige*** Medien ***fördern sollten***; ***kritisiert die Überregulierung und Zentralisierung, die in dem*** Europäischen ***Medienfreiheitsgesetz und gegebenenfalls dem Gesetz über digitale Märkte zum Ausdruck kommen, sowie die Einmischung in die Medienpolitik der Mitgliedstaaten, einschließlich der Einrichtung einer neuen Europäischen Behörde für Mediendienste, durch die die Zuständigkeit und der Medienpluralismus der Mitgliedstaaten untergraben werden könnten, was den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zuwiderläuft***; ***unterstützt nachdrücklich***

Bereich Medienförderung, die im Rahmen des Programms für Medienresilienz angekündigt wurden, und fordert entsprechende langfristige Verpflichtungen im kommenden MFR;	***die Medienkompetenz und das kritische Denken, insbesondere durch Bildung und Sensibilisierung auf nationaler Ebene***;

Or. en

Änderungsantrag 1071
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Birgit Sippel, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. stellt fest, dass die Kommission nicht zur Kenntnis nimmt, dass der unabhängige Mediensektor durch die Geschäftspraktiken von Online-Werbediensten finanziell geschädigt wird, welche ihrerseits selbst ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Wettbewerbs, des Datenschutzes und des Verbraucherschutzes äußern; fordert die Kommission auf, rasch Maßnahmen zu ergreifen, um verhaltensorientierte Online-Werbung zu verbieten, da diese sowohl eine Bedrohung für die Privatsphäre als auch ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellt; fordert darüber hinaus alle Plattformen auf, kontextbezogene Werbung als Standardmodell für Online-Werbung einzuführen; ist ferner der Ansicht, dass die Nichtbehebung dieses Kernproblems und die stattdessen erfolgte Verwendung öffentlicher Mittel zur Unterstützung unabhängiger Medien letztlich dazu führen wird, dass die großen Technologieunternehmen, die die Online-Werbedienste kontrollieren, subventioniert werden; fordert die Kommission auf, zu untersuchen, wie das Europäische Medienfreiheitsgesetz, die

Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, das Gesetz über digitale Märkte sowie Wettbewerbsvorschriften zur Wettbewerbsfähigkeit und Zugänglichkeit von Online-Werbediensten für alle Akteure der Wertschöpfungskette, einschließlich redaktioneller Medien, beitragen und diese begünstigen können;

Or. en

Änderungsantrag 1072
Bart Groothuis, Petras Auštrevičius, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. bekräftigt die Feststellungen im Bericht des Europäischen Rechnungshofs aus dem Jahr 2021, in dem das Fehlen eines kohärenten EU-weiten Ansatzes für Medienkompetenz, einschließlich der Bekämpfung von Desinformation, die Fragmentierung der damit verbundenen Maßnahmen der Union sowie der begrenzte Umfang, die begrenzte Reichweite und die begrenzten nachweisbaren Auswirkungen vieler Projekte zur Medienkompetenz hervorgehoben wurden; fordert den Rechnungshof auf, eine aktualisierte Bewertung vorzunehmen; warnt vor einer weiteren Fragmentierung durch kleine Initiativen zur Förderung der Medienkompetenz mit begrenzten Haushaltsmitteln und begrenzter Wirksamkeit und fordert stattdessen die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, alternative Ansätze zur Stärkung der traditionellen europäischen Medien zu prüfen, beispielsweise durch die Einführung von Journalismusgutscheinen für Schülerinnen, Schüler und Studierende,

mit denen sie traditionelle Veröffentlichungen erwerben können, um sowohl den Zugang zu als auch die Nachfrage nach vertrauenswürdigem Journalismus zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 1073
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, darauf hinzuwirken, dass die Unterstützung im Rahmen des Programms für Medienresilienz und anderer einschlägiger Instrumente der Union einen speziellen, leicht zugänglichen Aktionsbereich für unabhängige lokale und regionale Medien umfasst, einschließlich Mikrofinanzhilfen und vereinfachten Antragsverfahren; betont, dass bei dieser Unterstützung der Schwerpunkt gelegt werden sollte auf i) die Kontinuität der lokalen Berichterstattung von öffentlichem Interesse, ii) die operationale Resilienz, einschließlich der Planung im Bereich der Cybersicherheit und der Betriebskontinuität, und iii) gegebenenfalls die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Untersuchungen unter Einbeziehung lokaler und regionaler Medienunternehmen, bei gleichzeitig uneingeschränkter Wahrung der redaktionellen Unabhängigkeit und der Anwendung transparenter, objektiver und nichtdiskriminierender Auswahlkriterien und „Unabhängigkeitsklauseln“ in den Finanzhilfevereinbarungen der Union;

Or. en

Änderungsantrag 1074
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert die Kommission auf, die Zusammenarbeit mit den Bewerberländern oder möglichen Bewerberländern zu intensivieren und konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der nationalen Medienregulierungsbehörden zu prüfen, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gremium für Mediendienste und die Beteiligung am Austausch mit den EU-Regulierungsbehörden; fordert die Kommission auf, Anstrengungen zu unternehmen, um die Bewerberländer besser in die Entwicklung und Anwendung gemeinsamer Kriterien für eine unabhängige Medienpolitik einzubeziehen, wie dies im Rahmen des Europäischen Schutzschildes für die Demokratie vorgesehen ist;

Or. en

Änderungsantrag 1075
Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob es angemessen ist, auf EU-Ebene eine klare und auf Rechten basierende Definition des Begriffs „Informationsintegrität“ vorzuschlagen,

die auf der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und dem Schutz der Meinungsfreiheit und der Medienfreiheit beruht; betont, dass jeder EU-Rahmen im Bereich Informationsintegrität ausdrückliche Schutzmaßnahmen gegen Zensur enthalten muss, einschließlich Transparenzpflichten, gerichtlicher Aufsicht und wirksamer Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsmechanismen;

Or. en

Änderungsantrag 1076
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. begrüßt die Entscheidung der Kommission, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn (INFR(2025)2194) wegen der Nichteinhaltung mehrerer Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1083 (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und bestimmter Anforderungen gemäß der Richtlinie (EU) 2018/1808 (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) einzuleiten, und betrachtet diesen Schritt als klaren Beweis für die Wachsamkeit der Kommission bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Umsetzung und Anwendung der Medienvorschriften der Union;

Or. en

Änderungsantrag 1077
Csaba Dömötör, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, António Tânger Corrêa

Entschließungsantrag

Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. äußert seine Besorgnis darüber, dass eine einseitige EU-Finanzierung die Unabhängigkeit der Medien verzerrt und damit ein faktisches Verbot der Kritik an Organen und Entscheidungen der Union durchgesetzt wird; betont, dass die Unterstützung durch die Union politisch neutral sein muss und weder linke Medien noch einen bestimmten Standpunkt begünstigen darf, wobei strenge Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen, um Abhängigkeit oder unzulässige Einflussnahme zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1078
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. stellt fest, dass Versuche, die Gesellschaft zu spalten, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu schwächen und unabhängige Medien-Ökosysteme auszuhöhlen, den Zielen der hybriden Kriegsführung dienen, die von der Russischen Föderation und anderen feindseligen Mächten gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten betrieben wird und darauf abzielt, die demokratische Resilienz zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 1079

Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. stellt fest, dass die öffentlich-rechtlichen Medien einen entscheidenden Beitrag zum demokratischen Leben leisten, mit dem sichergestellt wird, dass die Bürgerinnen und Bürger im gesamten Hoheitsgebiet, auch in abgelegenen Gebieten und in Minderheitengemeinschaften, über eine Vielzahl von Kanälen, Formaten und Sprachangeboten Zugang zu korrekten und objektiven Informationen haben, wodurch der Manipulation von Informationen, der Desinformation und dem Rückgang des lokalen Nachrichtenangebots entgegengewirkt wird; betont, dass ihre Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit von starken Garantien für die redaktionelle und organisatorische Autonomie abhängen, die die Mitgliedstaaten im Einklang mit den in Artikel 5 des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes festgelegten Verpflichtungen aufrechterhalten müssen; betont ferner, dass öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und Medienorganisationen dafür gerüstet sein sollten, sich mit den Technologie- und Verbrauchertrends weiterzuentwickeln, um über neu entstehende Plattformen und Medienumgebungen hinweg sichtbar und wettbewerbsfähig zu bleiben, während sie gleichzeitig weiterhin innerhalb des Rahmens der Union für staatliche Beihilfen und fairen Wettbewerb tätig sind;

Or. en

Änderungsantrag 1080

Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. hebt die demokratische Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien hervor, die für den Zugang aller Bürgerinnen und Bürgern zu verlässlichen Nachrichten sorgen, das gesamte nationale oder regionale Gebiet abdecken und alle Teile der Gesellschaft über verschiedene Verbreitungskanäle, in zugänglichen Formaten und in Minderheitensprachen erreichen und somit eine entscheidende Rolle bei der Minderung der Risiken von Desinformation, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Nachrichtenwüsten spielen; betont, dass die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien durch die ordnungsgemäße Umsetzung von Artikel 5 des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes durch die Mitgliedstaaten gewahrt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 1081
Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Sandro Gozi

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. betont, dass die Unterstützung unabhängiger Medien auf lokaler und regionaler Ebene im Einklang mit den Verpflichtungen der Union stehen muss, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit zu achten und

Medienfreiheit und -pluralismus zu wahren; fordert mehr Transparenz bezüglich der Begünstigten sowie der Entscheidungsfindung und fordert Schutzmaßnahmen, um politische Konditionalität oder diskriminierende Mittelzuweisungen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 1082
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. weist darauf hin und würdigt, dass die öffentlich-rechtlichen Medien, insbesondere die nationalen öffentlich-rechtlichen Mediendiensteanbieter, eine wesentliche Rolle übernehmen, wenn es gilt, die in Artikel 2 EUV verankerten Werte zu wahren und zu fördern sowie Desinformation, Propaganda und andere Formen der Informationsmanipulation zu bekämpfen, und auf diese Weise eine pluralistische und widerstandsfähige Demokratie schützen;

Or. en

Änderungsantrag 1083
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. fordert die Kommission auf, eine umfassende und vorausschauende Bewertung vorzunehmen, ob bei den

bestehenden Verpflichtungen sowohl im Rahmen des Gesetzes über digitale Märkte als auch im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste die rasche Entwicklung und die gesellschaftlichen Auswirkungen fortschrittlicher Funktionen der künstlichen Intelligenz, insbesondere generativer KI-Systeme und -Schnittstellen, angemessen berücksichtigt werden; fordert die Kommission auf, in Fällen, in denen dies aufgrund von Marktmacht oder systemischen Informationsrisiken gerechtfertigt ist, die Einführung maßgeschneiderter Regulierungskategorien oder die Anpassung bestehender Bezeichnungen in Erwägung zu ziehen, um wirksame Schutzmaßnahmen für die Bestreitbarkeit, die Transparenz, den Medienpluralismus und die demokratische Integrität in neu entstehenden KI-gestützten Umgebungen sicherzustellen und gleichzeitig Technologieneutralität, Rechtssicherheit und Verhältnismäßigkeit zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 1084
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Bart Groothuis, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. bedauert zutiefst die bestehende oder versuchte „Vereinnahmung“ der öffentlich-rechtlichen Medien in einigen Mitgliedstaaten; fordert die Kommission auf, alle Entwicklungen in Bezug auf die Medienfreiheit und die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien in diesen Mitgliedstaaten zu überwachen, um zu bewerten, ob die angenommenen

und anstehenden Rechtsvorschriften mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz und dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit vereinbar sind;

Or. en

Änderungsantrag 1085
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27d. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Unabhängigkeit der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu schützen und aufrechtzuerhalten, indem sie im Einklang mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz angemessene finanzielle und technische Mittel sowie transparente Verfahren für die Ernennung und Entlassung der Verwaltung öffentlich-rechtlicher Medien sicherstellen, um die soziale Funktion der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu erfüllen und dem öffentlichen Interesse zu dienen; fordert, auf europäischer Ebene Mindeststandards und Empfehlungen auszuarbeiten, um die Lücken in den nationalen Vorschriften und Ansätzen in diesen Bereichen zu schließen;

Or. en

Änderungsantrag 1086
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27d. fordert, dass faire und förderliche Marktbedingungen geschaffen werden, mit denen die Erstellung hochwertiger, redaktionell verantwortungsvoller journalistischer Beiträge anerkannt und belohnt wird, und legt nahe, innovative und nachhaltige Wirtschaftsmodelle, die geeignet sind, langfristige Investitionen in professionelle Nachrichtengestaltung, Medienpluralismus und die Widerstandsfähigkeit des demokratischen Informationsökosystems zu unterstützen, zu entwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 1087
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 27 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27e. fordert, dass verstärkte Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um den Wert und die Integrität journalistischer Inhalte innerhalb des sich rasch entwickelnden Ökosystems der künstlichen Intelligenz zu erhalten, unter anderem durch die wirksame Durchsetzung des Urheberrechts und verwandter Schutzrechte, faire Vergütungsmechanismen und strenge Transparenzpflichten für KI-Dienste, die nachrichtenähnliches Material erzeugen oder verbreiten; betont, dass solche Maßnahmen unerlässlich sind, um die unbefugte Aneignung, Verzerrung oder Abwertung professioneller journalistischer Arbeit zu verhindern und sicherzustellen, dass sich Innovationen im Bereich der KI in einer Weise entwickeln, die mit dem Medienpluralismus, dem

Urheberrecht und der Nachhaltigkeit der unabhängigen Nachrichtengestaltung vereinbar ist;

Or. en

Änderungsantrag 1088
Petras Auštrevičius, Dainius Žalimas, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27e. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den investigativen Journalismus als Kernelement der demokratischen Resilienz anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass öffentlich-rechtliche Medien strukturell und finanziell in der Lage sind, investigativen Journalismus, darunter langwierige und ressourcenintensive Untersuchungen, zu unterstützen, und dass Journalisten vor jeglicher Form von politischem Druck, Einschüchterung oder Vergeltung, sei es direkt oder indirekt, als Reaktion auf die rechtmäßige Ausübung ihrer beruflichen Pflichten geschützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 1089
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 27 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27f. fordert, dass Medienfreiheit, Medienpluralismus und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu verlässlichen und unabhängig erstellten Informationen

ausdrücklich und durchgängig in die Gestaltung und Umsetzung der digitalen, geopolitischen und sicherheitspolitischen Strategien der Union und der Mitgliedstaaten einbezogen werden; betont, dass der Schutz des Informationsraums als zentraler Bestandteil demokratischer Resilienz und strategischer Autonomie anerkannt werden sollte; betont, dass bei politischen Maßnahmen in den Bereichen Cybersicherheit, Außenpolitik, Verteidigung, digitale Governance und Krisenvorsorge deren mögliche Auswirkungen auf das Medien-Ökosystem und die Informationsintegrität systematisch bewertet werden sollten; betont, dass die Einbeziehung dieser Erwägungen auf strategischer Ebene die Kohärenz in allen Politikbereichen stärken, die Fähigkeit der Union zur Bekämpfung von Desinformation und hybriden Bedrohungen verbessern und sicherstellen würde, dass die Sicherheitsziele in einer Weise verfolgt werden, die mit den Grundrechten, der Transparenz und dem Recht der Öffentlichkeit auf Information in vollem Umfang vereinbar ist;

Or. en

Änderungsantrag 1090
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und

Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***betont, dass Qualitätsjournalismus, Nachrichtenunternehmen und Herausgeber unter den Empfehlungssystemen der sehr großen Online-Plattformen leiden, die auf einer interaktionsbasierten Rangfolge beruhen, mit der schockierende und kurze Inhalte sowie der KI-Modus von Suchmaschinen gefördert werden, was beides zu weniger Datenverkehr auf ihren Websites führt, wobei die Ursachen für die finanziellen Schwierigkeiten von Medienunternehmen, wie sinkende Einnahmen, beispielsweise aufgrund des mangelnden Wettbewerbs im Ökosystem der digitalen Werbung, verzerrter Empfehlungssysteme und KI-Modi in Suchmaschinen, zu berücksichtigen sind; stellt fest, dass die große Mehrheit der Medienherausgeber Schwierigkeiten hat, ihre Einnahmen in Zukunft zu diversifizieren; betont, dass Nachrichtenunternehmen und Herausgeber bei der Entwicklung von Online-Werbemodellen unterstützt werden müssen, die nicht auf der Nachverfolgung personenbezogener Daten beruhen, um ihre finanzielle Unabhängigkeit zu verbessern und direkte Einnahmen sicherzustellen, die direkt an die unabhängigen Medien weitergeleitet werden, anstatt an digitale Online-Werbesysteme, die einen großen Teil des Gewinns einstreichen; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Entwicklung einer europäischen Infrastruktur für kontextbezogene Werbung im Internet zu unterstützen, der sich alle Nachrichtenunternehmen anschließen können; fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Markt für Online-Werbung zu segmentieren und die Märkte für Angebot, Nachfrage und Gebote zu trennen, um das Monopol, das Google derzeit innehat, aufzuteilen, da Google in jedem Segment des Marktes für Online-***

Werbung eine marktbeherrschende Stellung einnimmt; begrüßt in diesem Zusammenhang die gegen Google verhängte Geldbuße in Höhe von 2,95 Mrd. EUR wegen missbräuchlicher Praktiken in der Online-Werbetechnologie[1a], betont jedoch, dass mehr strukturelle Maßnahmen erforderlich sind;

1a

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1992.

Or. en

Änderungsantrag 1091
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der ***geltenden*** EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung neuer legislativer und nichtlegislativer Initiativen, auch in verwandten Bereichen wie der digitalen Governance, der Wettbewerbspolitik und dem Verbraucherschutz, gegebenenfalls Erwägungen im Zusammenhang mit der Medienfreiheit, dem Medienpluralismus und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der redaktionellen Akteure gebührend zu berücksichtigen; betont in diesem Zusammenhang, dass dem Bericht der Kommission über die***

Rechtsstaatlichkeit und insbesondere der darin enthaltenen Säule zur Medienfreiheit und -unabhängigkeit eine große Bedeutung als Frühwarn- und Überwachungsinstrument zukommt, wenn es darum geht, neu auftretende Risiken, strukturelle Schwächen oder unzulässige Eingriffe in die Medienlandschaft in den Mitgliedstaaten zu ermitteln, und betont, dass die Ergebnisse dieses Berichts bei der Gestaltung, Bewertung und Anpassung der politischen Maßnahmen und Rechtsvorschriften der Union im digitalen und demokratischen Bereich gebührend berücksichtigt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 1092
Christine Anderson, Petar Volgin

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***betont, dass der Schutz des unabhängigen Journalismus nicht zu finanzieller Abhängigkeit oder indirekter Einflussnahme durch öffentliche Finanzierung, Mindeststandards oder Förderkriterien führen darf; weist darauf hin, dass die Unabhängigkeit der Medien redaktionelle Autonomie erfordert, auch für kritische, gegnerische und wirtschaftlich schwache Medienunternehmen; besteht darauf, dass die Sorge um Nachhaltigkeit nicht den Marktgrundsatz außer Kraft setzen darf, wonach gescheiterte Geschäftsmodelle***

Insolvenz anmelden können;

Or. en

Änderungsantrag 1093
Sandro Ruotolo, Krzysztof Brejza, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Saskia Bricmont, Diana Riba i Giner, Raquel García Hermida-Van Der Walle, Hannah Neumann, Leoluca Orlando, Chloé Ridel, Brando Benifei, Lucia Yar, Raffaele Topo, Marco Tarquinio, Daniel Freund, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***stellt fest, dass das Versäumnis, geltende EU-Rechtsvorschriften ordnungsgemäß umzusetzen und durchzusetzen, eine ernsthafte Bedrohung für die Informationsfreiheit darstellt; weist darauf hin, dass der Einsatz von Spähsoftware gegen Journalisten deren Arbeit behindert, indem dadurch das grundlegende Vertrauensverhältnis zu ihren Quellen beeinträchtigt und letztlich zerstört wird;***

Or. en

Änderungsantrag 1094
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der ***EU-Rechtsvorschriften*** auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der ***EU-Initiativen*** auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***fordert, dass im Vorfeld von Initiativen, die sich auf die Rentabilität europäischer Medienunternehmen auswirken könnten, evidenzbasierte Folgenabschätzungen und eine strukturierte Konsultation der Interessenträger im Medienbereich durchgeführt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 1095
Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen; ***fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob die Vorschriften für den Einsatz von Spähsoftware und Überwachungsinstrumenten präzisiert werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 1096

Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Cynthia Ní Mhurchú, Bart Groothuis, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit ***und*** Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit ***sowie der wirtschaftlichen und redaktionellen*** Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;

Or. en

Änderungsantrag 1097
Beata Szydło, Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;	28. betont, dass die potenziellen Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf den Journalismus und die redaktionellen Medien sorgfältig geprüft werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sicherung ***des Pluralismus sowie*** der Nachhaltigkeit und Rentabilität der Geschäftsmodelle von Medienunternehmen;

Or. en

Änderungsantrag 1098
Kim Van Sparrentak
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. erklärt sich besorgt darüber, dass die Lieferkette für Online-Werbung von staatlich geförderten Akteuren als Waffe eingesetzt wird, um einen hybriden Krieg zu führen, wie das Beispiel der Operation Doppelgänger zeigt, bei der Werbung eingesetzt wurde, um Nutzer auf geklonte Websites umzuleiten, die sich als legitime europäische Medienunternehmen ausgaben; fordert die Kommission auf, die Entwicklung technischer Mindeststandards für harmonisierte Archive für Anzeigen sehr großer Online-Plattformen zu erleichtern und strenge Verpflichtungen zur Rückverfolgbarkeit für die gesamte Lieferkette der Online-Werbung einzuführen, um zu verhindern, dass böswillige Akteure Desinformationsinhalte gewinnbringend verwerten;

Or. en

Änderungsantrag 1099
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert die Kommission auf, innerhalb der im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit enthaltenen Säule „Medienfreiheit und Medienpluralismus“ eine eigene Untersäule zum Thema Desinformation einzuführen, um die Folgen von Desinformation, Informationsmanipulation und koordiniertem unehrlichem Verhalten auf das Medien-Ökosystem, die demokratische Debatte und die

redaktionelle Unabhängigkeit in den Mitgliedstaaten systematisch zu bewerten und die Funktion des Berichts als Präventions- und Frühwarninstrument im Rahmen der demokratischen Resilienz der Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 1100
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. begrüßt die Anstrengungen, unabhängige Medienanbieter vor wettbewerbswidrigen Praktiken in der Online-Werbung zu schützen; stellt fest, dass große Online-Plattformen durch die derzeitige Marktdynamik in der digitalen Werbung zum Nachteil professioneller europäischer Medienunternehmen begünstigt werden können; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz, des fairen Wettbewerbs und der Nachhaltigkeit der europäischen redaktionellen Medien zu prüfen, unter anderem durch Anreize für Werbetreibende, in vertrauenswürdige europäische redaktionelle Medien zu investieren;

Or. en

Änderungsantrag 1101
Helmut Brandstätter, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

28a. fordert die Kommission auf, die Einführung einer Digitalsteuer auf große Online-Plattformen in Erwägung zu ziehen, wobei ein Teil der Einnahmen zur Finanzierung des Journalismus im öffentlichen Interesse verwendet werden sollte; ist der Ansicht, dass es gerecht wäre, wenn diese Plattformen – die in hohem Maße von der Arbeit anderer, auch von Journalisten, profitieren und gleichzeitig einen immer größeren Teil der Einnahmen aus der Werbung abschöpfen, die früher dem Journalismus zugutekamen – einen Beitrag zu dem System leisten würden, auf das sie angewiesen sind;

Or. en

Änderungsantrag 1102
Ana Catarina Mendes, Kathleen Van Brempt, Sandro Ruotolo, Vasile Dîncu, Csaba Molnár, Juan Fernando López Aguilar, Pina Picierno, Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. betont, dass der Zugang zu hochwertigen und verlässlichen Informationen für die Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation von entscheidender Bedeutung ist, insbesondere im heutigen wettbewerbsorientierten digitalen Umfeld; weist darauf hin, dass es den Mitgliedstaaten im Rahmen der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste freisteht, Maßnahmen zu ergreifen, um für die Herausstellung von Mediendiensten von allgemeinem Interesse zu sorgen; bedauert jedoch, dass nur wenige Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen haben;

Or. en

Änderungsantrag 1103
Nathalie Loiseau, Sandro Gozi, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. empfiehlt der Kommission, eine Digitalsteuer für große Online-Plattformen einzuführen, wobei ein Teil davon in das Programm für Medienresilienz fließen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 1104
Sophie Wilmès, Sandro Gozi, Cynthia Ní Mhurchú, Helmut Brandstätter, Bart Groothuis

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. fordert die Kommission auf, darauf hinzuwirken, dass in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere in dessen Kapitel über Medienfreiheit und Medienpluralismus, systematisch eindeutige quantitative Indikatoren, vergleichbare statistische Daten und eine Analyse der jährlichen Trends aufgenommen werden, um die Transparenz zu verbessern, die Frühwarnkapazitäten zu stärken und evidenzbasierte politische Maßnahmen sowohl auf Unionsebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 1105
Helmut Brandstätter, Cynthia Ní Mhurchú, Sandro Gozi, Sophie Wilmès, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. hebt die demokratische Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Medien hervor, die für den Zugang aller Bürgerinnen und Bürgern zu verlässlichen Nachrichten sorgen, das gesamte nationale oder regionale Gebiet abdecken und alle Teile der Gesellschaft über verschiedene Verbreitungskanäle, in zugänglichen Formaten und in Minderheitensprachen erreichen und somit eine entscheidende Rolle bei der Minderung der Risiken von Desinformation, ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung sowie von Nachrichtenwüsten spielen;

Or. en